

Fraktionsbericht der ÖVP

Gem. § 51 Abs 3 Z 2 VO-UA

(„ROT-BLAUER Machtmisbrauch-Untersuchungsausschuss“) - 8/US XXVII. GP



Das System Kickl und der blaue Machtmisbrauch

... wie fast alle freiheitlichen Regierungsmitglieder zu Beschuldigten wurden...

Fraktionsbericht der ÖVP

Gem. § 51 Abs 3 Z 2 VO-UA

der Abgeordneten Mag. Andreas Hanger, Mag. Klaus Fürlinger, Carina Reiter, Mag. Corinna Scharzenberger und Christoph Zarits zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss betreffend Aufklärung, ob öffentliche Gelder im Bereich der Vollziehung des Bundes aus sachfremden Motiven zweckwidrig verwendet wurden („ROT-BLAUER Machtmisbrauch-Untersuchungsausschuss“) - 8/US XXVII. GP

INHALT

1. Kurzfassung	4
2. Verfahrensablauf	6
3. Ergebnisse der Untersuchungen:	
3.1 „die FPÖ und die Medien – eine besondere Beziehung...“	10
3.2 „die FPÖ und Personalentscheidungen – Euer Geld für unsere Leut, ...“	17
3.3 „die FPÖ und die Ideenschmiede – ein bewährtes Instrument für Kickl ...“	25
3.4 „die FPÖ und Russland – eine innige Beziehung...“	34
3.5 FPÖ-Graz – „Klärst du den Finanz-skandal auf, schicken wir die FPÖ Stasi aus“	40

1. Kurzfassung

Der Untersuchungsausschuss konnte sich auf Grundlage

- von ca. 3,4 Mio. Seiten an übermittelten Akten und Unterlagen,
- von 134 ergänzenden Beweisanforderungen und Ersuchen um Beweiserhebung und
- nach der Durchführung von nur 6 Sitzungen und der Befragung von 12 Auskunftspersonen

ausschließlich der Untersuchung widmen, ob Mitglieder der Bundesregierung, die mit der freiheitlichen Partei verbunden sind – insbesondere der Bundesminister für Inneres, Herbert Kickl, sowie diesen unterstellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf deren Geheiß oder Wissen im Zusammenhang mit

- Inseratenschaltungen und Medienkooperationsvereinbarungen;
- Umfragen, Gutachten und Studien; Beauftragung von

Werbeagenturen

- sowie Besetzung von Leitungsfunktionen

aus sachfremden Motiven gehandelt haben.

Der Untersuchungsausschuss hat festgestellt, dass

- einzelne freiheitliche Regierungsmitglieder in Medien mit rechten oder rechtsextremen Inhalten – sogenannten „freien“ Medien Inserate schalteten,
- einzelne freiheitliche Regierungsmitglieder die Berichterstattung von unabhängigen Medien durch den Entzug bzw. die Zusage von Inseratengeldern versuchten zu beeinflussen, wobei diese Inseratenkorruption zu Strafverfahren gegen fast alle freiheitlichen Regierungsmitglieder führten,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kabinetts Kickl exorbitant hohe Gehälter erhielten (im Durchschnitt mehr als 140.000 Euro/Jahr),
- der Kabinettschef von Kickl sein ihm zugeteiltes Dienstfahrzeug für Fahrten zu Landtagssitzungen und FPÖ-Parteiveranstaltungen genutzt hat,
- Personalentscheidungen für Führungsfunktionen in Einzelfällen mehr aus parteipolitischen und weniger aus objektiv-fachlichen Kriterien getroffen wurden,
- die Werbeagentur „Ideen-



- schmiede“ Millionengewinne durch Aufträge der FPÖ lukrierte und der Auftraggeber, Generalsekretär Kickl, seine wirtschaftliche Eigentümerstellung durch geheime Treuhandverträge verschleierte,
- der Abgeordnete zum



Nationalrat und Generalsekretär der FPÖ Herbert Kickl – ohne Zurechnung seiner allfälligen Gewinnanteile aus der „Ideenschmiede“ jährlich schon bis zu 300.000 Euro verdiente,

- freiheitliche Regierungsmitglieder mit der Umsetzung des zwischen der FPÖ und Putins Partei „Einiges Russland“ abgeschlossenen Freundschaftsvertrages begonnen haben,

- öffentliche Mittel, die der FPÖ-Graz und dem FPÖ-Gemeinderatsclub Graz zur Verfügung standen, nicht entsprechend dem im Parteiengesetz definierten Zweck, sondern nach Verdachtslage der Staatsanwaltschaft für private Zwecke verwendet wurden.
- Der Ausschuss konnte aufgrund der zeitlichen Rahmenbedingungen und der Absage von Auskunftspersonen die politische Verantwortung insbesondere folgender Sachverhalte nur eingeschränkt untersuchen bzw. aufklären:
 - Die Rolle von Herbert Kickl im Zusammenhang mit Kick-Back Zahlungen an die FPÖ-Kärnten und Fragen zu den zwischen Sila und Kickl abgeschlossenen Treuhandverträgen „zur Ideenschmiede“.
 - Inwieweit freiheitliche Mitglieder der Bundesregierung Vereinbarungen aus dem Freundschaftsvertrag der FPÖ
- und Putins Partei „Einiges Russland“ umgesetzt haben bzw. geplant hatten umzusetzen.
- In welchem Umfang ein Informationsabfluss aus den Sicherheitsbehörden durch die Tätigkeit der mutmaßlichen Spione Egisto Ott und Jan Marsalek an Russland erfolgte.
- Wofür der Abgeordnete Hans-Jörg Jenewein bereit war, dem mutmaßlichen Russlandspion Egisto Ott 50(000?) Euro zu zahlen, von wem er sich noch das Ok „holen“ musste und ob der Kauf realisiert wurde?
- Fragen zum Ermittlungsverfahren betreffend des mutmaßlich größten Parteifinanzierungsskandals der Zweiten Republik der FPÖ-Graz und der FPÖ-Steiermark.



2. Verfahrensablauf

Am 13. Dezember 2023 wurde gemäß § 33 Abs 1 2. Satz GOG-NR durch Mag. Andreas Hanger und weitere Abgeordnete der ÖVP ein Minderheitsverlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses betreffend „Aufklärung, ob öffentliche Gelder im Bereich der Vollziehung des Bundes aus sachfremden Motiven zweckwidrig verwendet wurden („ROT-BLAU-ER Machtmissbrauch-Untersuchungsausschuss“)¹ im Nationalrat eingebbracht.

Das gegenständliche Verlangen wurde am 14. Dezember 2023 vom Geschäftsordnungsausschuss des Nationalrats in Verhandlung genommen. Dieser bestimmte gemäß § 3 Abs 3 VO-UA die Zahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses in folgender Zusammensetzung: ÖVP 5, SPÖ 3, FPÖ 2, Grüne 2, Neos 1. Er fasste weiters gemäß § 3 Abs 5 VO-UA einstimmig den grundsätzlichen Beweisbeschluss und wählte Mag. Christa Edwards zur Ver-

fahrenerichterin, Mag. Dr. Wolfgang Köller zu deren Stellvertreter, Mag. Michael Kasper zum Verfahrensanwalt sowie Mag. Barbara Schütz, zu dessen Stellvertreterin.

Mit Behandlung des Berichts des Geschäftsordnungsausschusses (2404 d.B.) in der 247. Sitzung des Nationalrates am 15. Dezember 2023 galt der Untersuchungsausschuss als eingesetzt.

Der Untersuchungsausschuss trat am 11. Jänner 2024 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Bis zum Zeitpunkt der Berichtslegung folgten noch 12 weitere Sitzungen des Untersuchungsausschusses. Für die noch notwendigen formalen Beschlüsse ist eine weitere Sitzung avisiert.

Es ist in Aussicht genommen, dass das Plenum des Nationalrates den Bericht des Untersuchungsausschusses am 3. Juli 2024 gemäß § 53 Abs 1 VO-UA in Verhandlung nimmt.

Den grundsätzlichen Beweisbeschluss fasste der Geschäftsordnungsausschuss in seiner Sitzung am 14. Dezember 2023 einstimmig. Dieser definiert unter Hinweis auf den Untersuchungsgegenstand die

zu liefernden Akten und Unterlagen näher, benennt die zur Vorlage von Akten und Unterlagen verpflichteten Organe, legt die regelmäßigen Lieferfristen fest und verweist auf die Möglichkeit von Klassifizierungen (Geheimhaltungsstufen von Dokumenten).

Insgesamt standen den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses aufgrund des grundsätzlichen Beweisbeschlusses und 134 ergänzenden Beweisanforderungen und Ersuchen um Beweiserhebung insgesamt rund 3,4 Mio. Seiten an Akten zur Verfügung, wobei der elektronische Aktenbestand insgesamt 218,2 Gigabyte umfasste. Rd. 437.000 Seiten waren in Stufe 2 „Vertraulich“ klassifiziert sowie rd. 25.000 Seiten in Stufe 3 „Geheim“. Dem Untersuchungsausschuss wurden weiters 22.000 Seiten in der Klassifizierungsstufe 4 „Streng geheim“ geliefert. Die Analysen der ersten Aktenlieferung über Inse-

¹ 2404 der Beilagen XXVII. GP – Ausschussbericht NR – Anlage 1.

² 2404 der Beilagen XXVII. GP – Ausschussbericht NR – Anlage 2.

Die Akten und Unterlagen des Untersuchungsausschusses – Schwerpunktsetzung: Bundesministerium für Inneres unter Herbert Kickl – keine Untersuchungen von SPÖ- geführten Ministerien ...

ratenschaltungen in rechtsradikalen Medien, politische Einflussnahme auf Medien, Inseratenkorruption, Scheinangebote, ... insbesondere des Bundesministeriums für Inneres zeigten das Erfordernis einer ersten Schwerpunktsetzung der Untersuchungen auf die Amtszeit von Herbert Kickl als Bundesminister für Inneres (18.12.2017 bis 8.5.2019). Für eingehendere Analysen von Akten und Unterlagen aus (ehemals) SPÖ-geführten Ressorts verblieb in diesem Untersuchungsausschuss keine Zeit, insbesondere konnte auch nicht den Hinweisen auf politische Einflussnahme auf Vergabe- und Förderverfahren im Bundeskanzleramt, bei denen im letzten Untersuchungsausschuss Zweifel blieben, ob diese nicht überwiegend parteipolitischen Interessen der SPÖ gedient haben, näher nachgegangen werden.³

Die Auskunftspersonen – Urlaubs- und Dienstreisen statt Befragungen im Untersuchungsausschuss – und Beugestrafen ... – keine zweite Befragung von Herbert Kickl: „In die Berge geht's...“

Der Untersuchungsausschuss beschloss in seiner Sitzung am 11. Jänner 2024 einstimmig die Termine von 6 Sitzungen zur Befragung von Auskunftspersonen und einen Termin für die allfällige Vorführung von Auskunftspersonen in den Monaten März bis Mai 2024. Insgesamt konnten 12 Personen befragt werden. Schon bei den Ladungen zu den ersten Befragungstagen musste festgestellt werden, dass eine Reihe FPÖ-naher Auskunftspersonen die Aufklärungsarbeit des Ausschusses boykottierten.

Mag. Alexander Höferl, Pressesprecher im Parlamentsklub der FPÖ und vormals Kommunikationschef im Kabinett des BM a.D. Herbert Kickl, reiste mit Vertretern („Journalisten“) von rechten, sogenannten „freien“ und teilweise rechtsextremen Medien nach Straßburg zum EU-Parlament. Dort sorgte die Reisegruppe für einige Irritationen, indem sie öffentlich-rechtliche Medien bei der Arbeit gestört haben soll. Diese „Dienstreise“ soll⁴ „schon Mitte Jänner 2024“ – sohin nach Festsetzung der Befragungstermine – organisiert worden sein.

Am 14. März 2024 konnten – aufgrund Fernbleibens einer ehemaligen Mitarbeiterin aus dem Kabinett von BM a.D. Kickl, von BM a.D. Mag. Beate Hartinger-Klein, MA und dem Geschäftsführer der Werbeagentur Signs (vormals

„Ideenschmiede“), Thomas Sila – keine Auskunftsperson befragt werden. Der Untersuchungsausschuss beantragte beim BVwG Beugestrafen gegen Hartinger-Klein und Sila. Das Verfahren gegen Hartinger-Klein wurde aufgrund zwischenzeitig erfolgter Befragung durch den Untersuchungsausschuss eingestellt⁵; gegen Thomas Sila verhängte das Gericht eine Beugestrafte in Höhe von 3000 Euro und stellte fest: dass er

„in der Gesamtschau nicht in der Lage [war] glaubwürdig, nachvollziehbar und widerspruchsfrei darzulegen, dass er tatsächlich einen beruflichen Termin im Ausland, [...] hatte.“⁶

³ 1996 der Beilagen XXVII.GP – Ausschussbericht NR – Fraktionsbericht ÖVP, S 31ff

⁴ Der Standard, „FPÖ lud Identitäre und rechtsextreme Medien nach Straßburg ein“ (14.03.2024).

⁵ Beschluss vom 11. April 2024, W 179 2288507-1/11E.

⁶ Beschluss vom 11. April 2024, W 193 2288509-1/12E.

2. Verfahrensablauf

Nachdem Sila vorerst zusagte aber auch seiner zweiten Befragung am 7. Mai 2024 ohne ausreichende Entschuldigung fernblieb, beschloss der Untersuchungsausschuss seine Vorführung für den 23. Mai 2024. Die vom Untersuchungsausschuss beauftragte und örtlich zuständige Bundespolizeidirektion Kärnten konnte diesen Auftrag mangels Kenntnis des Aufenthaltsortes von Sila nicht vollziehen⁷. Die Aussagen von Thomas Sila wären für den Untersuchungsausschuss von besonderer Bedeutung gewesen, da diese, anders als seine Ausführungen im gerichtlichen Strafverfahren als Beschuldigter – erstmals unter Wahrheitspflicht erfolgt wären. Die Rolle von Herbert Kickl im Zusammenhang mit Kick-Back Verträgen zu Aufträgen des Landes Kärnten zugunsten der FPÖ-Kärnten und Fragen zu den zwischen Sila und Kickl abgeschlossenen Treuhandverträgen zur

„Ideenschmiede“ konnte dieser Untersuchungsausschuss daher nicht abschließend klären.⁸

Nachdem Herbert Kickl am 11. April 2024 Fragen zur Causa „Ideenschmiede“ nur unzureichend und sehr ausweichend beantwortete, wurde er unmittelbar im Anschluss an seine Befragung durch ein Minderheitsverlangen ein weiteres Mal vor den Untersuchungsausschuss geladen und seine Befragung für den 7. Mai vorgesehen. Da Herbert Kickl bzw. sein Büro durch die Parlamentsdirektion tagelang⁹ nicht erreichbar war, wurde die Ladung per E-Mail sowie per Boten ausgefertigt. Das Büro von Herbert Kickl sagte zwei Tage später den Ladungstermin ab¹⁰. Obwohl diese Woche seit Monaten von der Präsidiale des Nationalrats als „Ausschusswoche“ festgelegt war, befand sich der Klubobmann auf Urlaub – „In die Berge geht’s“ erklärte der Sprecher von Herbert Kickl¹¹! Für die Festlegung eines weiteren Aus-

schusstages für die Befragung von Herbert Kickl gab es keine Zustimmung durch die FPÖ.

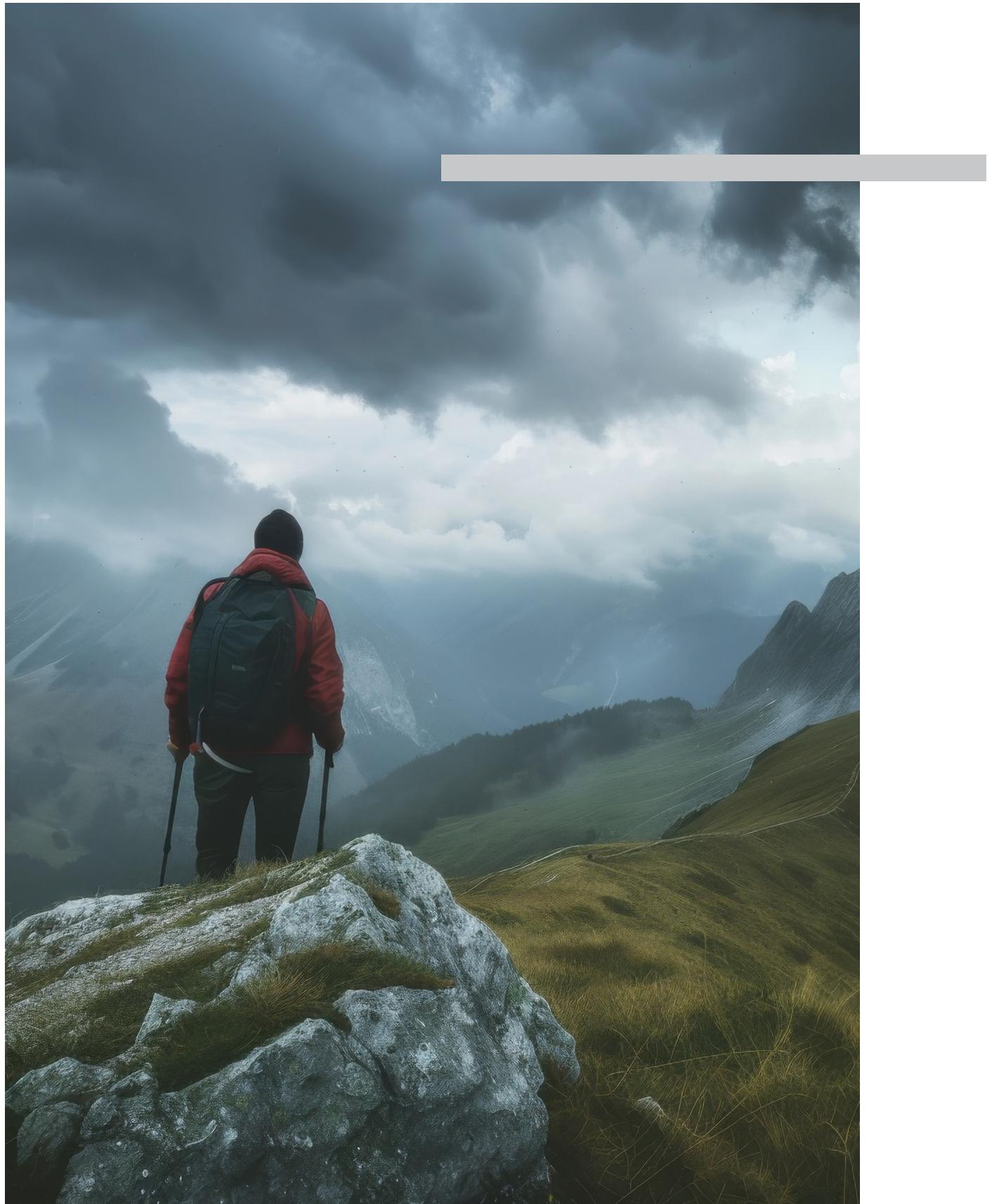
Eine weitere besondere Rolle unter den FPÖ-nahen Auskunftspersonen nahm auch der ehemalige von Herbert Kickl bestellte Generalsekretär des BMI, Mag. Peter Goldgruber, ein. Bezeichnete Kickl den Untersuchungsgegenstand als klar definiert¹² beantwortete der ehemalige ranghöchste Beamte des BMI bei seiner Befragung am 13. März 2024 – unter Behauptung der Verfassungswidrigkeit des Untersuchungsgegenstandes – keine einzige Frage im Untersuchungsausschuss. Auf Antrag des Ausschussvorsitzenden verhängte das BVwG über Mag. Goldgruber wegen ungerechtfertigter Aussageverweigerung zwei Beugestrafen in Höhe von 600 Euro¹³.

⁷ APA0207 „SPÖ-FPÖ-Ausschuss – Ende ohne Ideenschmiede-Gründer“ (23.05.2024).

⁸ Siehe Bericht Seite 20ff.

⁹ Bis 30. April 2024.

¹⁰ APA0324 „SPÖ-FPÖ-Ausschuss – Kickl kommt doch nicht“ (25.2.2024).



“In die Berge geht's”, erklärte der Sprecher von Herbert Kickl!

¹¹ Kurier, „In die Berge geht's“: Kickl lässt den U-Ausschuss aus“ (03.05.2024).

¹² 975/KOMM XXVII. GP (Befragung Herbert Kickl), 50.

¹³ Beschluss vom 16.4.2024, W 271 2288884-1/7E, Beschluss vom 18.4.2024, W 271 2288884-1/6E.

3. Ergebnisse der Untersuchungen

3.1. „die FPÖ und die Medien – eine besondere Beziehung...“

Bei der Untersuchung des ersten Beweisthemas (Inseraten-schaltungen und Medienkoop-erationsvereinbarungen) kam die Ausrichtung der „freiheitli-chen“ Medienpolitik zum Vor-schein.

Es zeigte sich, dass weniger „*eine Medienpolitik, die Grundwerte wie Pluralismus, Unabhängigkeit, Medien- und Pressefreiheit sowie Innovation sicherstellt und fördert*“¹⁴, im Vordergrund stand als das Ziel, die öster-reichische Medienlandschaft nachhaltig umzugestalten. So beschrieb der freiheitli-che Generalsekretär Christian Hafenecker erst Anfang Mai 2024 das Vorhaben der FPÖ in einer allfälligen Regierungsverantwortung. Wei-ters wolle man den ORF auf einen „*Grundfunk*“ reduzieren

und eine Augenhöhe mit FPÖ-freund-lichen „*freien Medien*“ herstellen¹⁵.

Die „*freien*“ Medien der FPÖ und die „*anderen*“ – eine Parallelwelt

Der Begriff „*freie Medien*“ zog sich wie ein blauer Faden durch die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses. Auch wenn keine der geladenen Auskunftspersonen in der Lage war, eine Definition oder Merkmale dieser „*freien Medien*“ auszuführen, konnten Chatverläufe zur Einordnung beitragen.

Der Generalsekretär der FPÖ, Christian Hafenecker wies in einer Chatgruppe ua mit den damaligen Bundesministern Herbert Kickl, Norbert Hofer, HC Strache auf eine „*neu auf-brechende Front*“¹⁶ hin. Seinen Schil-derungen zufolge kommunizierten

mehrere freiheitlich geführte Ministerien dem Medium „*Wochenblick*“, dass sie bis auf Weiteres keine Inserate mehr beauftragen würden. Der damalige Vizekanzler Strache stellte klar, dass die „*freien Medien*“ nach wie vor mit Inseraten zu betreuen seien, wenngleich sich auch die Inhalte der FPÖ rasch in diesen Medien wieder finden müssen. Anschließend stellte er in einer weiteren Nachricht klar, welche Medien er zuvor gemeint hat: „*Wochenblick, un-zensuriert und Alles Roger bitte inserieren!*“¹⁷.

Dass der Auftrag des Vize-kanzlers und Parteiob-manns von den freiheitlichen Bundesministern umgesetzt wurde, zeigten neben der dem Untersuchungsausschuss übermittelten Akten und Un-

¹⁴ Regierungsprogramm 2020 - 2024 „Aus Verantwortung für Österreich“, 40.

¹⁵ DiePresse, „FPÖ möchte in Regierungsverantwortung Inserate „zurückfahren““ (02.05.2024)

¹⁶ Chatgruppe FPÖ – Inserate (Dok. Nr. 70680, Lieferant OStA-Wien), 4f.

¹⁷ Chatgruppe FPÖ – Inserate (Dok. Nr. 70680, Lieferant OStA-Wien), 4f.

terlagen der betreffenden Ressorts auch Recherchen des Wochenmagazins Profil. Durch die damals freiheitlich geführten Ministerien wurden Inserate im Umfang von rund 100.000 Euro an Steuergeldern bei sogenannten „freien“ Medien beauftragt¹⁸.

Das „freiheitliche Gütesiegel“ eines „freien“ Mediums erhalten offensichtlich nur solche mit rechten bzw. rechtsradikalen Inhalten: Die oberösterreichische Zeitschrift „Wochenblick“ existierte von März 2016 bis Dezember 2022, bis sie aus finanziellen Gründen eingestellt wurde. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) bezeichnete die Zeitschrift als „Desinformationsprojekt am rechten Rand“¹⁹. Mehrere Redakteure und Redakteurinnen waren auch Funktionäre der FPÖ und ihren Vorfeldorganisationen.

„alles roger?“ war ein über Excalibur Media vom österreichischen Unternehmer Ronnie Seunig herausgegebenes Monatsmagazin. Das Mauthausen-Komitee klassifizierte „alles roger?“ als „tendenziell antisemitisch“²⁰.



„Lieber HC! Wir haben Probleme bei den Inseraten der FP/Ministerien. Innen, Infrastruktur und Sozialministerium haben flächige Kampagnen in den Printmedien laufen. Wir haben überall um Inserate gebeten, stoßen aber auf taube Ohren. Meist sogar ohne Rückmeldung. Kannst du uns da helfen? Vielleicht in der Koordinierung. Hofer hat uns Inserate versprochen, aber sein Ministerium blockt. Gleicher bei Kickl. Soziales ist überhaupt taub. Da wir das größte Monatsmagazin sind und die Regierung und FPÖ immer unterstützen wären wir für Inserate dankbar. Glg Peter“²¹.

Die ehemalige Sozialministerin Beate Hartinger-Klein traf im Zuge ihrer Befragung im Untersuchungsausschuss eine klare Aussage betreffend Inseratenschaltungen in „freien“ Medien: „... Also da war eine Diskussion, ob wir – ich glaube, das „alles roger?“ oder so – ein Inserat schalten, und da habe ich Nein gesagt. [...] Weil ich kein freiheitliches Medium unterstützen wollte; Punkt.“²²

¹⁸ Profil, „FPÖ-Chats: „Wochenblick, unzensuriert und Alles Roger bitte inserieren!““ (12.05.2024).

¹⁹ DÖW, Die Aula 2017: „Gegen „Ostküste“, „Blutvermischung“ und „parasitäres Großkapital““, 1.

²⁰ Der Standard, „Mauthausen-Komitee: Magazin „Alles Roger?“ tendenziell antisemitisch“ (4.11.2015).

²¹ Chats zwischen HC Strache und Peter Westenthaler vom 19.6.2018, 11:53 Uhr.

²² 972/KOMM XXVII. GP (Befragung Mag. Beate Hartinger-Klein, MA), 41.

3. Ergebnisse der Untersuchungen

„unzensuriert.at“ ist eine im Februar 2009 gegründete österreichische FPÖ-nahe Webplattform und ist laut Gefährdungseinschätzung des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung „dem rechten, nationalistischen Lager“ zuzuordnen, mit „zum Teil äußerst fremdenfeindlichen Inhalten“ und antisemitischen Tendenzen als auch verschwörungstheoretischen „Ansätzen“ und einer pro-russischen Ideologie.“²³ Als Initiator der Plattform gilt der ehemalige dritte Nationalratspräsident Martin Graf (FPÖ). Die Website wird offiziell von der 1848 Medienvielfalt Verlags GmbH betrieben. Deren Geschäftsführer Walter Asperl war Büroleiter von Graf und ist als Referent des Parlamentsklubs der FPÖ angestellt. Grafs ehemaliger Pressesprecher Alexander Höferl war Chefredakteur der Plattform, bis er mit der Bildung der Bundesregierung Kurz I (ÖVP-FPÖ-Koalition)

2018 in das Kabinett von Innenminister Herbert Kickl wechselte.

„ZUR ZEIT“, gegründet 1997, ist eine österreichische Wochenzeitung mit deutschnationaler Ausrichtung, die vom ehemaligen EU-Parlamentarier und FPÖ Funktionär Andreas Mölzer herausgegeben wurde. Die Zeitschrift wird vom DÖW als „publizistisches Bindeglied zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus“²⁴ eingestuft. Die Herausgabe einer dem Innenminister Herbert Kickl gewidmeten Sonderausgabe im Jahr 2018 begründete „ZUR ZEIT“ damit, dass dies „natürlich auch so etwas wie eine Solidaritätsadresse gegenüber dem wohl am heftigsten angefeindeten Minister der neuen Mitte-Rechts-Regierung“ sei. Der Mitarbeiter des freiheitlichen Parlamentsklubs und ehemaliger „unzensuriert“ Redakteur und Kommunikationschef des Innenministers Herbert Kickl, Mag. Alexander Höferl, hat die Inseraten-schaltungen des BMI im Medium

„Wochenblick“ lediglich auf die „hohe“ Reichweite des Mediums zurückgeführt²⁵.

Anhand näherer Betrachtung der einzelnen Medien ist nahelegend, dass die FPÖ Diktation der „freien“ Medien sich weniger auf die Eigenschaft des unbeeinflussten Journalismus bezieht, sondern die Begrifflichkeit „frei“ als Abkürzung für freiheitliche Medien steht. Die Auskunfts-person Klubobmann Herbert Kickl konnte hier wenig zur Aufklärung beitragen, weil er als Innenminister laut seiner Aussage zu Inseratenkooperationen keine Wahrnehmungen habe, obwohl er gerne auf die von ihm inszenierte Werbekampagne für den Polizeiberuf, mit den höchsten Kosten im Vergleich zu den Kampagnen seiner Amtsvorgänger, verwies²⁶.

²³ BVT Gefährdungseinschätzung (Dok. Nr. 95747, Lieferant Abg. Ries), 2.

²⁴ DÖW, Neues von ganz rechts – November 2001: „Presseförderung für „Zur Zeit“.

²⁵ 973/KOMM XXVII. GP (Befragung Mag. Alexander Höferl), 16.

²⁶ 975/KOMM XXVII. GP (Befragung Herbert Kickl), 36.

Vom Einfluss auf die Medienwelt bis zur Inseratenkorruption und Strafverfahren gegen fast alle ehemaligen freiheitlichen Regierungsglieder

Der Presserat führt in seinem Ehrenkodex die Unzulässigkeit von Einflussnahmen Außenstehender auf redaktionelle Beiträge an, sowie dass ein allfälliges wirtschaftliches Interesse des Verlages die redaktionellen Inhalte nicht beeinflussen darf.²⁷ Auch wenn im

Fall des „Wochenblicks“ ein klares Naheverhältnis zur FPÖ erkennbar ist, wäre von einem Medium zu erwarten, dass die Grundsätze für die publizistische Arbeit nach der Auslegung des Presserates ernst genommen werden. Für Mag. Alexander Höferl, den ehemaligen Kommunikationschef des Innenministers Herbert Kickl sind, wie er im Zuge seiner Befragung im Untersuchungsausschuss klargestellt hat, Zusicherungen sowie Versprechungen betreffend die redaktionelle Berichterstattung nichts Außergewöhnliches.²⁸

Am 9. Mai 2018 schrieb der Chefredakteur der Zeitung „Wochenblick“ Mag. Alexander Höferl (Kommunikationschef im Kabinett von Bundesminister Herbert Kickl) und dem Abteilungsleiter Kommunikation im

BMI: „... Wie bereits angekündigt, übermitte ich hiermit unser Angebot. Um den redaktionellen Teil werde ich mich persönlich kümmern. Nur um das thematisch noch einmal anzureißen: Neben der laufenden Berichterstattung werden wir Minister Kickl mit Hintergrundbericht und Interview in Szene setzen - abgerundet durch einen Online-TV-Beitrag. Über unsere hohe Reichweite im Internet sollte dadurch wirklich ein schöner Mehrwert entstehen ...“.²⁹ Die redaktionelle Berichterstattung im Sinne des Auftraggebers war somit Teil des Angebotes.



²⁷ www.presserat.at.

²⁸ 973/KOMM XXVII. GP (Befragung Mag. Alexander Höferl), 58.

²⁹ Wochenblick Angebot Inserate (Dok. Nr. 99, Lieferant BMI), 10.

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Neben der Praxis der FPÖ, für ein Inserat eine Gegenleistung in Form von wohlwolender Berichterstattung zu erlangen, zeigte sich in den Strache-Chats ein weiteres „FPÖ-Instrument“ zur Beeinflussung von Medien.

Laut den dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Chats hat Wolfgang Fellner (Mediengruppe Österreich) zugesagt, den ehemaligen BZÖ-Politiker Ewald Stadler nicht mehr in Diskussionsformate auf OE24-TV zu laden. Nachdem dies jedoch weiter erfolgte, wurde am 19.04.2019 folgende „Order“ vom damaligen Vizekanzler HC Strache an die ehemaligen Bundesminister Herbert Kickl, Norbert Hofer, Mario Kunasek, Beate Hartinger-Klein, und Harald Vilimsky, Mitglied des Europäischen Parlaments ausgegeben: „Nachdem Fellner, trotz Zusage Stadler nicht mehr zu oe24 Diskussionen einzuladen, diesen heute wieder zur FPÖ Beschimpfung eingeladen

hat, sollten wir die Inserate bei ihm einstellen... und wenn er dann wieder vorstellig werden sollte, sollten wir ihm klarmachen, dass wir ihn nicht mit Inseraten füttern, damit er permanent vorbestrafte FPÖ-Hasser einlädt und gegen uns schreibt. Dann soll er bitte von Stadler, der SPÖ und co die Inserate einholen. Dazu braucht er uns dann nicht! Lg“.³⁰ Am 23.4.2019, also wenige Tage später, wurde die Inseratenschaltung wieder „freigegeben“: „Bitte weiter bei Fellner schalten, Wir haben es geklärt! Er kommt uns entgegen! Lg“.³¹

Der Stopp und die erneute Freigabe, durch den damaligen FPÖ-Parteiobmann sind in der Inseratenpraxis deutlich erkennbar. Unter Innensenminister Kickl wurde vor dem „Inse-

ratenstopp“ (1.3. – 22.4) 1 Inserat des Ministeriums in der Tageszeitung Österreich veröffentlicht und nach der erneuten Freigabe der Inserate (23.4. – 31.5.) 12 Inserate des Ministeriums geschaltet.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass gegenüber etablierten Medien durch die Schaltung von Inseraten eine wirtschaftliche Einflussnahme angestrebt wurde. In weiterer Folge, wie in den Chats belegt, wurde dadurch versucht, auf die jeweiligen Inhalte des Mediums Einfluss zu nehmen.

Aufgrund der, in den Chats dokumentierten, versuchten Beeinflussung von Medien hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ein Strafverfahren eingeleitet. „Ermittelt wird nun gegen Wolfgang Fellner und Heinz-Christian Strache wegen Bestechung und Bestechlichkeit. Gegen die früheren FPÖ-Mi-

³⁰ Chats Strache ua. (Dok. Nr. 70679, Lieferant BMI), 1.

³¹ Chats Strache ua. (Dok. Nr. 70678, Lieferant BMI), 1.

nister Herbert Kickl (Inneres), Norbert Hofer (Verkehr), Mario Kunasek (Verteidigung) und Beate Hartinger Klein (Soziales) wird wegen Untreue ermittelt, da sie auf Anweisung von Straße in ihren jeweiligen Ministerien Inserate für die MGÖ beauftragt haben sollen, an „deren Inhalten kein konkretes Interesse der Öffentlichkeit bestand und die darauf abzielten, eine für die FPÖ wohlwollende Berichterstattung in diversen Medien zu sichern und die Imagepflege zu fördern“, so die WKStA in ihrer Mitteilung an Kickl.“³²

Bemerkenswert ist, dass erstmalig in der Zweiten Republik fast alle Minister einer Regierungsfraktion als Beschuldigte in einem Strafverfahren geführt werden.

Wie der Standard berichtete,

Inseratenschaltung ohne Transparenz – indirekte „versteckte“ Finanzierung der „freien“ Medien?

kam es im September 2018 zu Inseratenschaltungen des BMI ua bei „unzensuriert.at“, „Info-Direkt“ und „4Chan“, einem Internetforum zum anonymen Austausch von Bildern und Texten („Imageboard“), auf dem zeitweise



rassistische, frauenverachtende und rechtsextreme Inhalte veröffentlicht wurden.³³ In den dem Untersuchungsausschuss übermittelten Akten konnten keine direkten Medienkooperationen mit den genannten Medien gefunden werden. In dem Aktenbestand fand sich jedoch ein Vertrag mit einer FPÖ-nahen Agentur für Werbung im Google-Network.³⁴

Es liegt nahe, dass die Finanzierung diverser „freier Medien“ aus öffentlichen Mitteln nicht ausschließlich über die direkte Inseratenvergabe erfolgte, sondern auch über eine parteinahe Werbeagentur, die mittels „Google-Advertising“ indirekt Werbegelder an „freie Medien“ und „Imageboards“ weiterleitete.

Diese Finanzierungsform der „freien“ Medien wurde von der Leiterin der Abteilung I/6 (Social Media) im BMI, einer ehemaligen Kabinettsreferentin

von Herbert Kickl, geplant. Die vorgesehenen Aufwendungen für die Agenturleistungen samt Werbebudget beliefen sich auf 310.000 Euro. Dieses Projekt konnte aufgrund des Endes der Amtszeit von Herbert Kickl jedoch nicht vollständig realisiert werden.³⁵

Auch wenn Herbert Kickl keine Wahrnehmungen zur Praxis der Inseratenvergabe hatte, konnte er sich zumindest daran erinnern, dass er mit seinem Kommunikationschef Alexander Höferl über die Kommunikationsstrategie und bestimmte politische Themen in der Medienarbeit gesprochen hatte.³⁶

³² Profil, „Korruptionsverdacht: Ermittlungsverfahren gegen Kickl und blaue Ex-Minister“, (29.4.2024).

³⁵ Vertrag mit Kirchbaumer GmbH (Dok. Nr. 302, Lieferant BMI).

³³ Der Standard, „Herbert Kickl und der Rechtsextremismus“ (18.7.2021).
³⁴ Vertrag mit Kirchbaumer GmbH (Dok. Nr. 302, Lieferant BMI).

³⁶ 975/KOMM XXVII. GP (Befragung Herbert Kickl), 101.

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Von Fake-News bis ins Europaparlament anstatt in den Untersuchungsausschuss

Der Untersuchungsausschuss konnte darlegen, dass die freiheitliche Medienstrategie auf drei Eckpunkten fußte: Inseratenvergabe für positive Berichterstattung, Beeinflussung etablierter Medien und Förderung einer eigenen „Medienwelt“ durch Regierungsgelder.

Eine Schlüsselfigur bei der Umsetzung dieser Strategie spielte Mag. Alexander Höferl. Vor seiner Tätigkeit als Kommunikationschef im Kabinett des Innenministers war Höferl beim Medium „unzensuriert. at“ als Chefredakteur tätig.

Im Jahr 2017 gelang es einer Redakteurin des Senders RTL, sich undercover als „Bewerberin“ in die Redaktion von

„unzensuriert.at“ einzuschleusen und mittels versteckter Kamera das journalistische Verständnis des blauen „Chefkommunikators“ aufzuzeigen. In einer Redaktionssitzung in den Räumlichkeiten einer Wiener Burschenschaft tauschte sich die RTL-Redakteurin mit Höferl über die Ausrichtung des Mediums sowie über einzelne Artikel aus. Er führte im Zuge dieser Besprechung betreffend die geplante Etablierung eines „Schwestermediums“ in Deutschland zur inhaltlichen Grundausrichtung aus:

„Wir machen ja nicht dieses Medium, weil uns am unabhängigen Journalismus so sehr gelegen ist, sondern weil wir diese politischen Bewegungen in gewisser Weise unterstützen wollen.“³⁷

Weiters wurde über einen in „unzensuriert.at“ erschienenen Artikel über „Zwangsbeschlagnahmungen von Wohnungen zur Unterbringung von Asylwerbern“ gesprochen, der später als „Fake-News“ klassifiziert wurde. Es konnte dokumentiert werden, dass

dieser Artikel ohne Recherche von einem anderen Medium übernommen wurde.³⁸

Anstatt seiner 1. Ladung vor dem Untersuchungsausschuss nachzukommen, „hofierte“ Höferl, wie Medien berichteten, Vertreter von „freien“ Medien in Straßburg.³⁹

Eine Reise, die nicht nur im Untersuchungsausschuss für Aufsehen sorgte. Wie bekannt wurde, fielen die „freien“ Medien während der Plenarsitzung in Straßburg dadurch auf, dass sie öffentlich-rechtliche Medien bei ihrer Arbeit gestört haben sowie Bildschirme diverser Arbeitsgeräte abgefilmt haben sollen. Ebenso sollen Mitglieder anderer Delegationen „angepöbelt“ worden sein.⁴⁰ Kurze Zeit nach der Reise fanden sich auf rechten Plattformen sowie Social Media Berichte, in welchen

³⁷ RTL – Undercover-Reportage „Faktenverdreher und Fakenews: Wie wir im netz manipuliert werden“ (28.8.2017).

³⁸ RTL – Undercover-Reportage „Faktenverdreher und Fakenews: Wie wir im netz manipuliert werden“ (28.8.2017).

³⁹ Der Standard, „Vilimsky schleust rechtsextreme „Medien“ ins Europaparlament“ (14.03.2024).

⁴⁰ Der Standard, „FPÖ lud Identitäre und rechtsextreme Medien nach Straßburg ein“ (14.03.2024).

die Europäische Union als „Kriegstreiber“ dargestellt und Journalisten diffamiert wurden. Höferls Vorgesetzter war und ist Herbert Kickl. Na-

chdem mittlerweile die angeführten Umstände bekannt sind und Herbert Kickl keine Handlungen gesetzt hat, welche darauf schließen lassen, dass er diese Arbeitsweise seines Mitarbe-

iters ablehnt, muss davon ausgängen werden, dass diese Handlungen und Arbeitsweisen im Sinne und im Auftrag Herbert Kickls waren und sind.

3.2. „die FPÖ und Personalentscheidungen – Euer Geld für unsere Leut, ...“

Die Amtszeit von Herbert Kickl im Bundesministerium für Innenes war gekennzeichnet von fragwürdigen Personalentscheidungen und exorbitant hohen Gehältern für „Teile des Kabinetts“ des Ministers und Büro des Generalsekretärs. Diese Einschätzung teilte auch der Innenminister in der Expertenregierung (Bierlein), Dr. Wolfgang Peschorn, der die Interne Revision (IR) am 21. Juni 2019, wenige Tage nach Dienstantritt beauftragte, die „Zusammensetzung der Kabinette“⁴¹ zu prüfen.

Der Bericht der Internen Revision enthält kritische Feststellungen im Hinblick auf Personal, Entgelt und Mehrdienstleistungen (Überstunden):

- Im Kabinett Herbert Kickl waren in einem Anstieg zwischen 18 und 37 Perso-

nen beschäftigt, was der höchsten Mitarbeiteranzahl der geprüften Kabinette entsprach.⁴²

- Die durchschnittlichen Jahresbruttobezüge des Kabinetts Kickl von mehr als 140.000 Euro waren um 23 % höher als die des Kabinetts von Johanna Mikl-Leitner bzw. 25 % höher als die des Kabinetts von Wolfgang Sobotka.⁴³
- Sechs bis sieben Mitarbeiter des Büros Goldgruber verrechneten Überstunden in Höhe von 19.000 Euro pro Monat. Einzelne Mi-
- tarbeiter verdienten somit mehr als der Generalsekretär selbst.⁴⁴
- Im Büro des Generalsekretärs erhielten unter Berücksichtigung der Überstundenentgelte drei Mitarbeiter höhere Bezüge als der Kabinettschef.
- Bei 10 Mitarbeitern des Kabinetts Kickl war der Anteil des Überstundenentgelts am gesamten Bruttoentgelt über 40 %.



⁴¹ 967/KOMM XXVII. GP (Befragung Dr. Wolfgang Peschorn), 6. [Der Prüfungsumfang umfasste die Kabinette der Bundesminister Mag. Johanna Mikl-Leitner, Mag. Wolfgang Sobotka und Herbert Kickl, sowie die Büros der Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler und des Generalsekretärs Mag. Peter Goldgruber].

⁴² Der Standard, „Innenminister Peschorn bestätigt Gagenparadies unter Kickl“ (4.9.2019).

⁴³ Revisionsbericht (Dok. Nr. 70091, Lieferant BMI), 88f.

⁴⁴ Der Standard, „Innenminister Peschorn bestätigt Gagenparadies unter Kickl“ (4.9.2019).

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Der Rechnungshof prüfte parallel dazu im Zeitraum von April bis September 2019 die Zusammensetzung der Generalsekretariate.⁴⁵ Im Ergebnis stellte der Rechnungshof im Vergleich zu anderen Bundesministerien eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Überstunden im Büro des Generalsekretärs des Innenministeriums fest. Eine derart hohe Überstundenbelastung, in drei Einzelfällen durchschnittlich zwischen 73 Stunden und 124 Stunden im Monat, stand aus Sicht des Rechnungshofes nicht mehr in Einklang mit den dienstzeitrechtlichen Schutzbestimmungen. Darüber hinaus führte dies im Vergleich zu den Bediensteten in den Büros der Generalsekretäre der anderen Bundesministerien zu überdurchschnittlich hohen Auszahlungen.⁴⁶

Generalsekretär Mag. Peter Goldgruber genehmigte diese auffällig hohen Überstunden-

leistungen. Nach medialer Berichterstattung über dieses Thema räumte Goldgruber die Gehälter samt Zuschlägen auch ein. Er begründete dies mit: „Am Anfang der Amtszeit, in den ersten drei bis fünf Monaten, war ja sehr viel zu tun. Wir haben das aber dann begrenzt, weil wir gesehen haben, dass das nicht geht.“⁴⁷ Der Revisionsbericht zeichnete diesbezüglich ein anderes Bild. Bis zum Ende der Amtszeit von Kickl wurden die Überstunden weiter genehmigt.



Ein Dienstfahrzeug für den Kabinettschef – Fahrten zu Landtagssitzungen und FPÖ-Parteiveranstaltungen

in dieser Form praktiziert. Er legte im Zeitraum von Jänner 2018 bis Mai 2019 95.294 km zurück, was 81,66%⁴⁹ der gesamten Kabinettsfahrten darstellte.

Ein weiterer Kritikpunkt im Revisionsbericht war die Zurverfügungstellung eines Dienstfahrzeugs an den damaligen Kabinettschef von Kickl, Ing. Mag. Reinhard Teufel. Laut dem Leiter der Internen Revision M. N. ist eine „*exklusive Nutzung von Dienstwagen für Kabinettschefs*“⁴⁸ ein unüblicher Vorgang und wurde auch in den vorherigen Kabinetten nicht

Ing. Mag. Reinhard Teufel betonte bei seiner Befragung: „*Ich habe das Kraftfahrzeug samt Fahrer erlasskonform genutzt.*“⁵⁰ Diese Rechtsansicht stellte einen klaren Widerspruch zur Dienstkraftwagenrichtlinie des BMI dar, diese normiert, dass eine ausschließliche Zuweisung eines

⁴⁵ III-276 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVII. GP.

⁴⁸ 968/KOMM XXVII. GP (Befragung Dr. Michael Neugebauer), 31.

⁴⁶ RH Bericht Bund 2021/12, 99f.

⁴⁹ Revisionsbericht (Dok. Nr. 70091, Lieferant BMI).

⁴⁷ Der Standard, „Minister Kickls Mitarbeiter bezogen exorbitante Gehälter“ (18.06.2019).

⁵⁰ 977/KOMM XXVII. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 10.

Dienstkraftwagens an einen Bediensteten unzulässig sei. Generell wurde seitens der Internen Revision das Fuhrparkmanagement kritisch bewertet, da die Fahrtenbücher ungenau geführt wurden und Fahrten teilweise nicht nachvollziehbar und intransparent waren.⁵¹



Nach Analyse der Fahrtenbücher sind berechtigte Zweifel aufgekommen, ob diese alle im „dienstlichen Interesse“⁵² durchgeführt wurden, wie dies Teufel stets behauptet. Er räumte schlussendlich ein: „Ich bin mit dem Dienstauto auch zu den Landtagsitzungen gefahren, aufgrund der Tatsache, dass ich natürlich zum überwiegenden Teil im Dienstauto auch meiner Tätigkeit als Kabinettschef nachge-

gangen bin.“⁵³

Es ist festzuhalten, dass Ing. Mag. Reinhard Teufel das Dienstfahrzeug nicht nur für die Fahrten zu Landtagsitzungen in Niederösterreich genutzt hat, sondern auch zu diversen Parteiveranstaltungen in seinem Wahlkreis Scheibbs. Es stellt sich die Frage, ob die Mehrfachfunktionen von Teufel als Landtagsabgeordneter, Gemeinderat und Bezirksparteiobmann mit der umfangreichen Tätigkeit als Kabinettschef des Innenministers vereinbar sind.⁵⁴

Die Personalentscheidungen – Ein späterer FPÖ-Landesrat wird dienstfrei gestellt ...

Innenminister Herbert Kickl und Generalsekretär Peter Goldgruber waren auch bei Personalentscheidungen darauf bedacht, möglichst viele loyale parteinahe Personen mit Leitungsfunktionen im Bundesministerium für Inneres zu betrauen. Dabei gibt es Beispiele, bei denen mehr die Nähe zur FPÖ als Kompetenz eine Rolle spielte. Die Bestellung des Rechtsanwaltes Bernhard M. als Leiter der Sicherheitsverwaltung wirft diesbezüglich Fragen auf. Die Abteilung Sicherheitsverwaltung umfasst unter anderem die Schwerpunkte Waffen, Sprengstoff und Kriegsmaterial. Der studierte Jurist arbeitete davor in der Kanzlei des ehemaligen Justizministers Dieter Böhmdorfer und hatte bis dato keine Berührungspunkte mit der öffentlichen Verwaltung.

Der gesamte Bewerbungsprozess warf erhebliche Fragen auf. Bernhard M. wurde zwar als im „höchsten Ausmaß für die Funktion geeignet“ bewertet, aber die Begutachtungskommission stellte eindeutig fest, dass dem bisherigen interimistischen Leiter der Abteilung der Vorzug zu geben wäre, weil dieser mehrere Jahrzehnte im BMI tätig war und an umfassenden Reformen mitgewirkt habe. Der Generalsekretär des Innenministers Peter Goldgruber setzte sich über das Gutachten der Kommission hinweg. Herbert Kickl ernannte M. zum Abteilungsleiter der Sicherheitsverwaltung.⁵⁵

Der Generalsekretär habe sich die Ernennung von „Leitungsfunktionen“⁵⁶ nach Aussage seines Büroleiters stets vorbehalten.



⁵¹ Revisionsbericht (Dok. Nr. 70091, Lieferant BMI).

⁵² 977/KOMM XXVII. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 32.

⁵³ 977/KOMM XXVII. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 116.

⁵⁴ Profil, „Kickls Kabinettschef: Dienstwagen für Parteitermine“ (21.09.2019).

⁵⁵ Profil, „Diese Belege beweisen Postenschächer im Innenministerium“ (22.04.2024).

⁵⁶ 974/KOMM XXVII. GP (Befragung Dr. Helgo Eberwein), 35.

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Eine weitere Besetzung, die Fragen aufwirft, war die Personalentscheidung rund um den jetzigen niederösterreichischen Landesrat Dr. Christoph Luigger. Er wurde im Jänner 2019 zum Gruppenleiter für Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltswesen, sowie zum stellvertretenden Sektionschef ernannt. Sehr spannend war die Beurteilung der Begutachtungskommission, die Dr. Luigger nur im „hohen Ausmaß“ für die Position als geeignet bewertete. Üblich ist es Spitzenfunktionen mit Bewerberinnen und Bewerbern die im „höchsten Ausmaß“ geeignet sind zu besetzen. Für diese Spitzenfunktion gab es nur 3 externe Bewerber. Ungeklärt blieb, ob im Vorfeld besser qualifizierte Kandidaten aufgrund politischen Drucks, von einer Bewerbung

abgehalten wurden.⁵⁷ Auch der Umstand, wie Dr. Luigger auf die ausgeschriebene Stelle als Gruppenleiter aufmerksam wurde, ist kritisch zu betrachten. Der Kabinettschef Ing. Mag. Reinhard Teufel persönlich hat Luigger darauf hingewiesen, dass im Bundesministerium für Inneres eine „*interessante Position*“⁵⁸ ausgeschrieben ist. Aus der Aussage von Teufel und wie sich der Bewerbungsprozess im Nachhinein gestaltete hat, davon auszugehen, dass Dr. Luigger aus parteipolitischen Gründen für diese Stelle vorgesehen wurde. Die Tätigkeit von Dr. Luigger im Ministerium war allerdings von recht kurzer Dauer, da er aufgrund von Mobbing und Ungleichbehandlung von Mitarbeitern, sowie Nichteinschreiten als Führungskraft vom Dienst freigestellt wurde.⁵⁹ Laut Mitarbeitern des BMI zeichnete sich Luigger vor allem durch seine destruktive Art aus.⁶⁰ Nach seiner Tätigkeit im Bundesministerium für Inneres fand er im Büro von Volksanwalt Dr.

Walter Rosenkranz (FPÖ) eine Weiterverwendung.

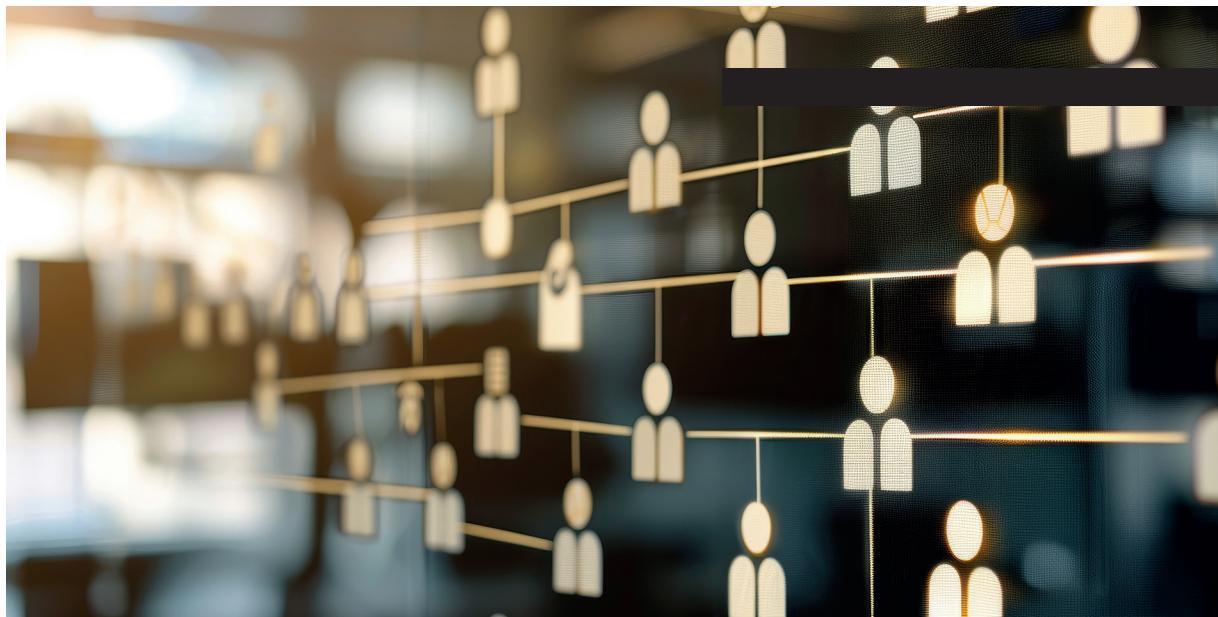
In das gleiche Schema fielen auch die Besetzungen von G. R. als Leiter des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl, sowie von J. K. als Leiterin der Social Media Abteilung des BMI. G. R. war zwar davor Leiter der Fremdenpolizei und hatte damit fachspezifisches Wissen im Asyl und Fremdenwesen, er war jedoch der einzige Bewerber für diese Leitungsfunktion. J. K. konnte als Vorerfahrung für die Stelle als Abteilungsleiterin neben ihrer 6-monatigen Tätigkeit im Kabinett des Bundesministers Kickl, bloß Praktika in diversen FPÖ Landesgruppen vorweisen.⁶¹ Es ist mehr als fraglich, ob dies als Kriterium für die Leitung einer Abteilung des BMI ausreichend qualifiziert.

⁵⁷ Noen.at, „Blauer Machtmissbrauch mehrfach bewiesen. Das „System Kickl“ ist demaskiert“ (6.5.2024).

⁵⁸ 977/KOMM XXVII. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 120.

⁵⁹ Noen.at, „Nach „Postenschacher“-Vorwurf: Luigger droht Hanger mit Klage“ (8.4.2024).

⁶⁰⁻⁶¹ Der Standard, „Umfärbungen und Gehaltsexzesse als Erbe Herbert Kickls“ (30.8.2019).



Die Kompetenz von J. K., vor allem in Hinblick auf das Vergaberecht, war auch aus den Aktenlieferungen an den Untersuchungsausschuss klar ersichtlich. Auf Kabinettsweisung von Mag. Alexander Höferl wurde im März 2018 ein Beratervertrag für Social Media Marketing mit der Firma Kirchbaumer, ein vom Freiheitlichen Bildungsinstitut regelmäßig beauftragtes Unternehmen, geschlossen. Der Zuschlag wurde zuerst in Form einer Direktvergabe erteilt. Der Beratervertrag wurde für den Zeitraum März bis Juni 2018 abgeschlossen.

Das Unternehmen arbeitete jedoch über das vereinbarte Vertragsende hinaus unverändert weiter und überschritt dadurch die Ausschreibungsgrenze für eine Direktver-

gabe. Sie holte anschließend „zwei mündliche Vergleichsangebote“ ein, wovon ein Unternehmen ein schriftliches gelegt hätte, ein zweiter Anbieter wäre unbekannt. Das schriftliche Vergleichsangebot stammte von der Werbeagentur Signs (vormals Ideenschmiede) und listete wortwörtlich die identische Leistungsbeschreibung des Angebots der Firma Kirchbaumer auf. Das Angebot der Signs war jedoch um einiges höher.⁶² Da es keine Anhaltspunkte dafür gab, warum die Signs ein Angebot gelegt oder wie sie überhaupt vom Bedarf solch einer Leistung für das BMI Kenntnis erlangt hat, liegt der Verdacht nahe, dass es sich hierbei um ein Scheinangebot handelte, um die vergaberechtlichen Mängel zu beheben.

Alle diese Personalbestellungen haben die Gemeinsamkeit, dass externe Personen aus dem freiheitlichen Umfeld ohne spezifische Vorerfahrung mit „hohen Positionen“ in der Ver-

waltung betraut wurden. Die klare Zielsetzung von Herbert Kickl bzw. der FPÖ war es, die relevanten freiheitlichen Themenfelder mit FPÖ-nahen Personen zu besetzen und den Einfluss an den entscheidenden Stellen im Bundesministerium für Inneres zu erweitern. Die inhaltliche Ausrichtung der Sicherheitsverwaltung, Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltswesen, Liberalisierung des Waffenrechts und der gesamte Asylbereich waren seit Jahrzehnten zentrale Politikfelder der FPÖ.

Die FPÖ hat nach ihrem alten Wahlspruch „unser Geld für unsere Leut“ nichts unversucht gelassen, um die eigenen Günstlinge mit Posten zu versorgen.

⁶² Vergabeakt Kirchbaumer (Dok. Nr. 302, Lieferant BMI).

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Beratungsverträge – Honorar für Zugfahrten – Ein Vertrag ohne Bedarf und Begründung ...

Nach der rechtswidrigen Razzia und Zerschlagung des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) Ende Februar 2018, war das erklärte Ziel des Innenministeriums, den Neuaufbau des Verfassungsschutzes im Sinne der FPÖ voranzutreiben. Die Leiterin des Extremismusreferats im BVT Sybille G. schilderte den Tag der Razzia mit den Worten: „[...] in der rechtsextremen Szene wird immer vom Tag X fantasiert [...] Wenn sie an die Macht kommen, dann werden sie als Erstes die Staatspolizei aufhängen und nachher die Justiz [...].“⁶³

Für den geplanten Neuaufbau wurde im Februar 2019 der ehemalige Staatssekretär und Geheimdienstkoordinator Deutschland's Klaus-Dieter

Fritsche engagiert.

Die Anbahnung der Beratungstätigkeit wurde von Generalsekretär Peter Goldgruber in Auftrag gegeben und umgesetzt.

Rund die Hälfte seines Honorars in Höhe von 35.000 Euro verdiente Fritsche während seiner Fahrten im Zug, da er auch von dort aus seine Stundensätze in Höhe von 250 Euro abrechnen konnte. Die Honorarnoten wurden ausschließlich von Generalsekretär Goldgruber geprüft und die Zahlung angeordnet. Nach der Beendigung der Tätigkeit von Goldgruber im BMI wurde die Richtigkeit der Honorarnoten vom Leiter des BVTs Peter Gridling angezweifelt.⁶⁴

Klaus-Dieter Fritsche erhielt Zugang zu allen Informationen jeder Ge-

heimhaltungsstufe. Er gab im Mai 2019 vor dem Wirecard Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags zu Protokoll, er sei für Wirecard als Lobbyist tätig gewesen.⁶⁵ Im Hinblick auf die Tätigkeit von Fritsche im BVT und die Nähe der FPÖ zu Russland und Wirecard bzw. Jan Marsalek zu Russland, ist dieser Umstand äußerst bedenklich.

Das Bundesministerium für Inneres beabsichtigte, aufgrund der anstehenden EU Ratspräsidentschaft einen besonderen Schwerpunkt in Sachen Öffentlichkeitsarbeit zu setzen. Hierfür wurde bereits im Dezember 2017 ein mehrstufiges Wettbewerbsverfahren für Beratungs- und Kommunikationsdienstleistungen eröffnet. Nach Ende der ersten

⁶³ 971/KOMM XXVII. GP (Befragung Ministerialrätin Sibylle Geifler, MSc), 43.

⁶⁴ Vergabeakt Fritsche (Dok. Nr. 287, Lieferant BMI).

⁶⁵ OE24, „Wirecard-Lobbyist hatte Zugriff auf Staatsgeheimnisse“ (14.03.2024).

Stufe des Verfahrens standen zwei potenziell geeignete Bewerber fest.⁶⁶ Im März 2018 wurde das Wettbewerbsverfahren ohne plausiblen Grund widerrufen.

Parallel zum laufenden Ausschreibungsverfahren fanden im BMI Gespräche zwischen dem Kabinett des Ministers bzw. Büro des Generalsekretärs über die Betrauung der Beratungs- und Kommunikationsagenden mit dem FPÖ-nahen Unternehmer Heimo Lepuschitz statt. Federführend in der Kontaktaufnahme und Vertragsgestaltung war der Büroleiter des Generalsekretärs Dr. Helgo Eberwein. Bemerkenswert ist dabei, dass am Freitag, den 23.2.2018 ein Vorgespräch mit Lepuschitz stattfand und schon am selben Tag die entsprechende Fachabteilung mit der Erstellung eines Beratervertrags beauf-

tragt wurde. Der Abteilungsleiter schrieb: „*Mit Telefonat beauftragte mich gestern Helgo Eberwein mit der Vorbereitung eines Vertrags zur strategischen Kommunikationsberatung nach dem Muster Rahmenvertrag GPK aus dem Jahr 2015. Als Eckpunkte des Vertrags teilte er mir Folgendes mit: Start 1. März 2018 und Vertragssumme € 95.000,-*“. Bereits am darauffolgenden Montag, dem 26.2.2018, wollte der Büroleiter des Generalsekretärs wissen, wie weit die Vertragserstellung fortgeschritten sei. Am nächsten Tag wurde Lepuschitz von Eberwein bezüglich Angebotslegung kontaktiert: „*Anbei übermitte ich Ihnen wie telefonisch besprochen Unterlagen für einen Beratervertrag mit dem BM.I. Ihrerseits ist die Eigenerklärung auszufüllen und ein Angebot, welches sich am Entwurf des Beratervertrages orientieren möge, zu stellen*“. Im Zuge der Vertragserstellung war es wesentlich, dass entgegen einer öffentlichen Ausschreibung in diesem Vergabeverfahren der Auftragnehmer zu einer Angebotslegung aufgefordert wurde. Die Rechtssektion sprach folgende Em-

pfehlung aus: „*Es sollte aus den Ausführungen hervorgehen, dass Heimo Lepuschitz zur Angebotslegung aufgefordert wurde, weil er seitens des BMI als geeignet befunden wurde.*“⁶⁷

Dr. Eberwein konnte bei seiner Befragung wenig Aufschluss über die Beauftragung geben und wer ihm den konkreten Auftrag zur Vertragserstellung gegeben hatte. Er war zwar die „*Ansprechperson für Heimo Lepuschitz*“⁶⁸ im BMI, aber bezüglich aller vergaberechtlichen Angelegenheiten fungierte er als bloße „*Poststelle*“⁶⁹ zwischen dem Ministerium und Lepuschitz. Er hatte dabei keinerlei Wahrnehmungen, wie das BMI auf die Qualifikationen von Lepuschitz aufmerksam geworden sei. Hinsichtlich aller problematischen Umstände rund um die Beauftragung und Vertragsausgestaltung verwies er auf die zuständige „*Fachabteilung*“⁷⁰.



⁶⁶ Kanzleiauftrag zu BMI-ID1400/0219-III/11/a/2017 (Dok. Nr. 313, Lieferant BMI), 5f.

⁶⁷ Strategische Kommunikationsberatung 2018-2019 (Dok. Nr. 297, Lieferant BMI).

⁶⁸ 974/KOMM XXVII. GP (Befragung Dr. Helgo Eberwein), 30.

⁶⁹⁻⁷⁰ 974/KOMM XXVII. GP (Befragung Dr. Helgo Eberwein), 31.

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Die Interne Revision befasste sich ebenfalls mit dem Vergabeprozess und kritisierte vor allem inhaltliche Punkte des abgeschlossenen Rahmenvertrags. Dem Auswahlprozedere ist laut internen Aufzeichnungen eine umfassende Marktanalyse vorausgegangen und das BMI ist deshalb auf Heimo Lepuschitz aufmerksam geworden. Dieser Umstand wurde auch in der Bedarfsbegründung angegeben. Es gibt jedoch keine Aufzeichnungen über diese sogenannte umfassende Marktanalyse. Die Interne Revision merkte in der Einsichtbemerkung an: „*Es fehlt eine inhaltliche Dokumentation der ‚Marktanalyse‘ auf deren Grundlage, laut ELAK-Sachverhalt (...) Heimo Lepuschitz als geeigneter Bieter identifiziert wurde*“⁷¹.

Der Rahmenvertrag mit Heimo Lepuschitz wurde schlussendlich am 1. März 2018 für 12 Monate mit der Option für eine Verlängerung um weitere



12 Monate abgeschlossen und bereits nach nur einem Monat wegen „Wegfall des Bedarfs“⁷² wieder gekündigt. Nahezu zeitgleich wurde bekannt, dass Lepuschitz zur Steuerung der FPÖ Regierungskommunikation in das Büro des Regierungskoordinators Infrastrukturminister Ing. Norbert Hofer wechselte.⁷³

Es liegt somit der Verdacht nahe, dass diese Beauftragung durch das Bundesministerium für Inneres ohne hinreichenden Bedarf als „finanzielle Überbrückungshilfe“ dienen sollte.

Generalsekretär Peter Goldgruber war als ranghöchster Beamter in

alle genannten Vorgänge federführend miteingebunden bzw. hat diese Entscheidungen getroffen.

Er ist zwar seiner Ladung in den Untersuchungsausschuss gefolgt, verweigerte jedoch jegliche Auskunft gegenüber dem parlamentarischen Kontrollgremium.

Das Bundesverwaltungsgericht verhängte gegen ihn wegen ungerechtfertigter Aussageverweigerung zwei Beugestrafen.

⁷¹ Strategische Kommunikationsberatung 2018-2019 (Dok. Nr. 297, Lieferant BMI).

⁷² Strategische Kommunikationsberatung 2018-2019 (Dok. Nr. 297, Lieferant BMI).

⁷³ Der Standard „FPÖ holt ehemaligen BZÖ-Sprecher Lepuschitz ins Verkehrsministerium“ (9.4.2018).

3.3. „die FPÖ und die Ideenschmiede – ein bewährtes Instrument für Kickl ...“

Im Zeichen des Pumas – der Beginn der Aufklärung

Beharrlich schweigsam reagierte das Innenministerium unter der Führung von Herbert Kickl im Hochsommer 2018 zu Medienanfragen betreffend eines Polizei-Abzeichens der neuen Grenzschutzeinheit „Puma“. Daraufhin kündigten mehrere Oppositionsparteien eine parlamentarische Anfrage an den Innenminister an.⁷⁴ Wie sich nämlich später herausstellen würde, wurde das Logo der Polizeieinheit Puma nicht - wie üblicherweise - von den Grafikern des Ressorts, sondern von der FPÖ nahen Werbeagentur Signs gestaltet. Doch wie kam das blau geführte Innenministerium auf die Idee, bei einer FPÖ-nahen Agentur ein Polizei-Logo in Auftrag zu geben? Diese Frage stellte man sich offensichtlich auch in den Fachabteilungen des Ministeriums. Die dem Untersuchungsausschuss vorgelegten Akten dokumentieren, dass die Beamten überhaupt keine Informationen über die Be-

schaffung des Logos hatten. Ein Mitarbeiter der Sektion IV zeigte sich in einem internen E-Mail sehr verwundert: „*Die Beschaffung des Logos wurde ausnahmslos über das Kabinett organisiert*“. Und er informierte: „*Außerdem wurde [...] mehrmals über diverse Mängel im Dokument, Werknutzungsvereinbarung vom 11.06.2018 der Fa. Signs GmbH hingewiesen ...*“⁷⁵ In den Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen ließ Herbert Kickl lediglich wissen, dass es weder eine Entscheidung zur Vergabe, noch einen Auftrag an die Agentur gab, vielmehr sei die Agentur an das Innenministerium herangetreten und habe das Logo angeboten.⁷⁶ Doch wie und vor allem warum das Logo ins Ministerium kam, blieb auch nach den Befragungen im Untersuchungsausschuss ein Rätsel. Sowohl der Kommunikationschef im Kabinett von Herbert Kickl, Mag. Alexander Höferl als auch der Kabinettchef, Ing. Mag. Reinhard Teufel, hatten trotz ihrer persönlichen Bekanntschaft mit dem Geschäftsführer der Signs GmbH, Thomas Sila, ausgerechnet in dieser bemerkenswerten Angelegenheit keinen Kontakt zu ihm.⁷⁷ Herbert Kickl hielt es aufgrund der



langjährigen Bekanntschaft für „durchaus möglich“ in seiner Zeit als Innenminister mit Thomas Sila in Kontakt gewesen zu sein, doch auch er will nichts von den Tätigkeiten der Signs für das Innenministerium gewusst haben. Zu einem schriftlichen Angebot der Signs für eine Kampagnenbetreuung an das Innenministerium – „*das sind Dinge, um die ich mich als Minister nicht kümmere*“ – hatte Herbert Kickl ebenso keinerlei Wahrnehmungen wie zu einem weiteren Logo, das die Signs für die geplante Reiterstaffel des BMI erstellte.⁷⁸

⁷⁴ derstandard.at, „Innenministerium sagt nicht, wer Puma-Logo entworfen hat“ (11.7.2018).

⁷⁵ Mail (Dok. Nr. 1084, Lieferant BMI), 1.

⁷⁶ 1480/AB XXVI.GP, 1403/AB XXVI.GP, 1440/AB XXVI.GP.

⁷⁷ 973/KOMM XXVII. GP (Befragung Mag. Alexander Höferl), 21; 977/KOMM XXVII. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 102 und 138.

⁷⁸ 975/KOMM XXVI. GP (Befragung Herbert Kickl), 98ff.

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Kabinettschef Mag. Teufel klärte den Untersuchungsausschuss über die grundsätzlichen Zuständigkeiten der politischen Büros auf, indem er auf seine Ausführungen im BVT-Untersuchungsausschuss⁷⁹ verwies und die „strategisch politischen“ Aufgaben des Kabinetts sowie die Trennung zur Organisations-tätigkeit im Generalsekretariat erneut bekräftigte.⁸⁰ Doch das Generalsekretariat sah sich selbst nicht als Schaltzentrale in organisatorischen Fragen. Der Büroleiter des Generalsekretärs, Dr. Helgo Eberwein, offenbarte in seiner Befragung, lediglich als Poststelle fungiert zu haben und bezeichnete sich „überspitzt“ als „Büroweiterleiter“.⁸¹

Darüber hinaus konnte eine wesentliche Erkenntnis über die Arbeitsweise des Systems Kickl durch die Befragungen im Untersuchungsausschuss gewonnen werden: Bei Fragen nach der poli-

tischen Verantwortung im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand, in der Amtszeit Herbert Kickls als Innenminister, hatten die Auskunftspersonen überraschend wenig Wahrnehmungen – Herbert Kickls Kabinettschef brachte bemerkenswerte 32 Mal⁸² zu Protokoll über keinerlei Wahrnehmungen zu aufklärungswürdigen Sachverhalten, wie Postenbesetzungen und Vergaben an das FPÖ-Umfeld, zu verfügen. Die spannendste der unbeantworteten Fragen des Untersuchungsausschusses betraf jedoch das ominöse Puma-Logo der Werbeagentur Signs: Hatte das Innenministerium einen Vertrag mit einer Werbeagentur geschlossen, die im wirtschaftlichen Miteigentum des damaligen Innenministers Herbert Kickl stand? Die Akten des Untersuchungsausschusses werfen ein neues Licht auf die Rolle des FPÖ-Bundesparteiobmanns im Zusammenhang mit der Signs Werbeagentur und wenig überraschend reagierte Kickl auf die Fragen der Abgeordneten nervös und hochemotional.⁸³ Gleich bei der ersten Frage, wie lange er Teilhaber an der Werbeagentur gewesen sei, geriet Herbert

Kickl in Rage: „Ich weiß eigentlich gar nicht, was Sie sich hier erlauben, hier irgendjemandem etwas vorzuwerfen, wo es eine Einstellung vonseiten der Staatsanwaltschaft gegeben hat.“⁸⁴ Welche Einstellung das gewesen sein soll, präzisierte er nicht.

Die Unternehmensgeschichte der Ideenschmiede (später Signs) – ein Strafverfahren und die Rolle von Herbert Kickl

Die Agentur Signs, die ursprünglich „Ideen.Schmiede Werbeagentur GmbH“ hieß und ihren Firmensitz in Kärnten hatte, änderte ihren Namen im Jahr 2015⁸⁵ nachdem Ermittlungen zu illegalen Kick-Back-Zahlungen an die FPÖ bei Aufträgen der Kärntner Landesregierung an die Werbeagentur öffentlich bekannt wurden. Nach

⁷⁹ 197/KOMM XXVI. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 3f.

⁸⁰ 977/KOMM XXVII. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 7.

⁸¹ 974/KOMM XXVII. GP (Befragung Oberrat Mag. Dr. Helgo Eberwein), 38.

anonymen Hinweisen fanden die Ermittler im August 2013, im Keller des Geschäftslokals in Klagenfurt, zahlreiche brisante Dokumente: Darunter ein Rahmenvertrag vom 25. März 2005 zwischen der Ideenschmiede und der FPÖ-Kärnten, in dem vereinbart wurde, dass bei Aufträgen aus FPÖ-Landesregierungsbüros von der Agentur 20 % des Auftragsvolumens der FPÖ zugeschrieben werden. Und dazu eine wenige Tage später datierte Errichtungsurkunde der Werbeagentur als GesmbH samt angeschlossenem beglaubigten Treuhandvertrag vom 31. März 2005. Dieser wurde zwischen dem Geschäftsführer Thomas Sila und Herbert Kickl geschlossen und bestimmte Kickl zum heimlichen Hälften-Eigentümer der Gesellschaft.⁸⁶ Die Ideenschmiede wurde somit als gemeinsame Firma von Herbert Kickl und Thomas Sila auf der wirtschaftlichen Grundlage des Kick-Back-Vertrags mit der FPÖ Kärnten gegründet, weshalb die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft nur wenige Tage nach der Sicherstellung der Dokumente die Aufhebung



der parlamentarischen Immunität zur Strafverfolgung Kickls beantragen wollte:

„Auf Grund des intensiven Naheverhältnisses des Herbert Kickl zu beiden Vertragsparteien, der immensen wirtschaftlichen Bedeutung des Rahmenvertrages für die Ideenschmiede und der inhaltlichen Nähe des Auftrags zum Tätigkeitsgebiet des Herbert Kickl besteht jedenfalls ein hinreichender Anfangsverdacht dahingehend, dass er über die Inhalte des Rahmenvertrages informiert war und diese mittrug, oder sogar in dessen Erstellung eingebunden war.“⁸⁷ Doch das Justizministerium stimmte dem Vorhaben „vor erst“ nicht zu und verlangte weitere Vernehmungen, insbesondere die des Geschäftsführers Thomas Sila.⁸⁸ In den darauffolgenden Vernehmungen von Sila, Kickl und dem Steuer-

berater der Ideenschmiede, bestätigten alle die verdeckte Beteiligung von Herbert Kickl an der Gesellschaft, behaupteten jedoch Unterschiedliches zur angeblichen Auflösung des Treuhandverhältnisses: Thomas Sila behauptete, dass ein weiterer Vertrag zur Auflösung bereits „wenige Wochen“ nach der Gründung geschlossen wurde,⁸⁹ Herbert Kickl sagte hingegen, dass die Auflösung „einige Wochen“ später lediglich mündlich erfolgte⁹⁰ und der Steuerberater der Agentur führte an, dass er die Treuhandsgesellschaft unmittelbar dem Finanzamt meldete und ihm ein Auftrag zum Widerruf nie erteilt wurde.⁹¹

⁸² 197/KOMM XXVI. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 5, 6, 14, 18, 19, 20, 24, 28, 48, 49, 68, 70, 72, 72, 74, 76, 77, 88, 101, 102, 113, 114, 117, 119, 124, 132, 133, 135, 137 und 138.

⁸³ profil.at, „Herbert Kickl im U-Ausschuss: Wenn der Zeuge schwitzt“ (12.4.2024).

⁸⁴ 975/KOMM XXVI. GP (Befragung Herbert Kickl), 54.

⁸⁵ wirtschaftscompass.at, „GZ 007 73 Fr 18120/15m“, Beurkundung vom 13.11.2015.

⁸⁶ Falter Nr.29/2015, „Einen Koffer mit 70.000 außibracht“ (15.7.2015).

⁸⁷ Vorhabensbericht der WKStA vom 13.08.2013 (Dok. Nr. 96212, Lieferant OStA-Wien).

⁸⁸ OStA Erlass (Dok. Nr. 96330, Lieferant LG Klagenfurt).

⁸⁹ BAK Anlassbericht BV Sila vom 30.04.2014 (Dok. Nr. 96337, Lieferant LG Klagenfurt).

⁹⁰ BAK Zwischenbericht ZV Kickl vom 15.12.2014 (Dok. Nr. 96424, Lieferant LG Klagenfurt).

⁹¹ BAK Zwischenbericht BV J.A. vom 23.01.2015 (Dok. Nr. 96436, Lieferant LG Klagenfurt).

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Nach der Aussage Kickls bestritt Sila ebenfalls die Existenz eines schriftlichen Auflösungsvertrages.⁹² Und das war nicht die einzige Widersprüchlichkeit: Während Thomas Sila von einer „*beabsichtigten kaufmännischen Funktion*“⁹³ Kickls in der Ideenschmiede sprach, beteuerte Kickl, er „*hätte keine kaufmännischen Aufgaben übernommen, sondern inhaltlich/konzeptiv tätig werden sollen*“⁹⁴. Zu Rahmenverträgen wurde Herbert Kickl als Zeuge nie befragt. Die Oberbehörde gab der WKStA kein grünes Licht, es bestünden „*derzeit keine Anhaltspunkte dafür, dass Herbert Kickl in das Zustandekommen des Rahmenvertrages eingebunden war*“⁹⁵. Teile der Ermittlungen wurden eingestellt. Gegen die Ideenschmiede und drei Personen brachte die WKStA

2019 schließlich einen Strafantrag ein⁹⁶. Für die Agentur und Thomas Sila endete das Verfahren mit einer Diversion⁹⁷. Der ehemaligen freiheitliche Landeshauptmannstellvertreter Uwe Scheuch und ein Mitarbeiter des Landesregierungsbüros wurden wegen Bestechlichkeit und Vorteilssannahme im August 2020 verurteilt. Geschäftsführer Sila zahlte an den Mitarbeiter Scheuchs 50.000 Euro „*aus Angst Aufträge von Land Kärnten und Partei zu verlieren*“.⁹⁸

Das Regierungsbüro Scheuch stand in ständiger Geschäftsbeziehung mit der Ideenschmiede: Zwischen 2006 und 2014 erhielt die Agentur Landesaufträge mit einem Volumen von fast 1,5 Millionen Euro⁹⁹. Am 19. Dezember 2020 erfolgte die Umwandlung der Signs Werbeagentur auf ein Einzelunternehmen des Geschäftsführers Sila¹⁰⁰. Damit war auch das tatsächliche Ende der Treuhandschaft von Kickl gegeben.

Die Ideenschmiede in der politischen Geschichte der FPÖ – Kickls Aufstieg zum Generalsekretär

Im Jahr 2004 wechselte Kickl in die Landesparteizentrale Kärnten, wo er im Frühjahr erfolgreich den Landtagswahlkampf für Jörg Haider managte. Thomas Sila war in der Landespartei als Grafiker für die Werbung zuständig und machte sich zur Jahresmitte mit einer Gesellschaft nach bürgerlichem Recht selbstständig. Diese hieß bereits Ideenschmiede, es gab jedoch keine Vereinbarungen oder Eintragungen in öffentliche Register. Parallel gab es konkrete Pläne mit Sila und Kickl offiziell eine Werbeagentur in der Slowakei zu gründen, die nicht umgesetzt wurden.¹⁰¹ Im Hochsommer 2004 war Herbert Kickl im Namen der Ideenschmiede

⁹² BAK Abschlussbericht BV Sila vom 06.03.2015 (Dok. Nr. 96443, Lieferant LG Klagenfurt).

⁹³ BAK Anlassbericht BV Sila vom 30.04.2014 (Dok. Nr. 96337, Lieferant LG Klagenfurt).

⁹⁴ BAK Zwischenbericht ZV Kickl vom 15.12.2014 (Dok. Nr. 96424, Lieferant LG Klagenfurt).

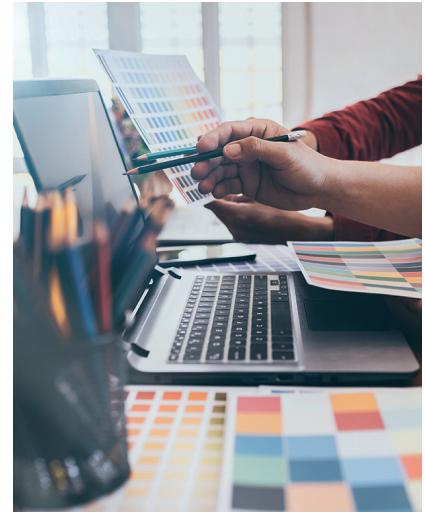
tätig und legte ein Angebot an die Kärntner Landesregierung – Kickl plagten bei seiner Einvernahme im Jahr 2014 große Erinnerungslücken, er räumte jedoch ein, dieses Angebot gelegt zu haben. Anders verhielt es sich bei einem Zahlungsbeleg der Ideenschmiede zum Jahresende 2004 – Kickl erhielt 10.000 Euro Provision für den Monat Dezember 2004 – daran hatte Kickl jedwede Erinnerung verloren.¹⁰²

Zum Jahresanfang 2005 verstärkte sich der innerparteiliche Konflikt. Im März scheiterten Gespräche zwischen Jörg Haider und HC Strache um eine Parteispaltung abzuwenden. Und es kommt zum Zerwürfnis zwischen Haider und Kickl, der Haider vorgeworfen haben soll, die Partei verraten zu haben.¹⁰³ Am 31. März 2005 errichtete Sila die Ideenschmiede GmbH und schloß unter notarieller

Beglaubigung einen Treuhandvertrag mit Kickl ab, der festhielt, dass 50 % der Ideenschmiede Herbert Kickl gehören. Kickl ist damit wirtschaftlicher Hälften-Eigentümer, ohne nach Außen aufzuscheinen. Dann geht es Schlag auf Schlag: Am 4. April verkündete Jörg Haider die Gründung des BZÖ und bereits am 7. April nahm Herbert Kickl an einem Pressegespräch mit HC Strache teil,¹⁰⁴ noch im April wurde Kickl zum Generalsekretär der Strache-FPÖ bestellt.

Ideenschmiede – die noch immer ungeklärte Geschichte der Treuhandverträge von Herbert Kickl

Im Zuge der Zeugeneinvernahme 2014 erzählte Herbert Kickl, er wollte sich mit der Ideenschmiede ein „zweites Standbein“ neben der Politik aufbauen. „*Da ich Ende April 2005 Generalsekretär der FPÖ wurde und eine Treuhandshaft nicht mehr vereinbar war, löste ich diesen Vertrag einige Wochen nach Gründung [...] Mündlich haben wir dabei vereinbart, dass mit*



*Rückgabe der Unterlagen die Treuhandshaft aufgelöst ist und ich ab diesem Zeitpunkt kein Gesellschafter mehr war. Weiters haben wir vereinbart, dass weder Sila mir, noch ich ihm etwas schulde, aufgrund dieses Vertrages.*¹⁰⁵ Diese Darstellung bekräftigte er erneut unter Wahrheitspflicht im Untersuchungsausschuss.¹⁰⁶ Umso hinterfragenswerter erscheint ein weiterer, nahezu gleichlautender, nicht unterfertigter Entwurf eines Treuhandvertrags zwischen Sila und Kickl, datiert mit 21. August 2007, der eine weitere Beteiligung Kickls an einer weiteren „Sila-Agentur“ namens Textacy im Ausmaß von 50% mutmaßlich verdecken sollte.¹⁰⁷



⁹⁵ OStA Erlass (Dok. Nr. 96479, Lieferant LG Klagenfurt).

⁹⁶ Ö1 Abendjournal 18:00, „Causa Ideenschmiede: WKStA bringt Strafantrag gegen FPÖ ein“ (1.7.2019).

⁹⁷ kleinezeitung.at, „Prozess gegen Uwe Scheuch Diversion für Geschäftsführer der FPÖ-nahen Ideenschmiede“ (6.8.2020).

⁹⁸ kleinezeitung.at, „Bestechlichkeit Ex-Politiker Uwe Scheuch zum vierten Mal verurteilt“ (6.8.2020).

⁹⁹ kleinezeitung.at, „Scheuch in Causa Ideenschmiede neuerlich schuldig gesprochen“ (6.8.2020).

¹⁰⁰ wirtschaftscompass.at, GZ 729 5 Fr 4739/20b, Umwandlungsvertrag vom 19.12.2020.

¹⁰¹ BAK Zwischenbericht ZV E.R. vom 03.10.2014 (Dok. Nr. 96436, Lieferant LG Klagenfurt).

¹⁰² BAK Zwischenbericht ZV Kickl vom 15.12.2014 (Dok. Nr. 96424, Lieferant LG Klagenfurt).

¹⁰³ Bauer, Treichler: Kickl und die Zerstörung Europas, 68.

¹⁰⁴ Bauer, Treichler: Kickl und die Zerstörung Europas, 71.

¹⁰⁵ BAK Zwischenbericht ZV Kickl vom 15.12.2014 (Dok. Nr. 96424, Lieferant LG Klagenfurt).

¹⁰⁶ 975/KOMM XXVI. GP (Befragung Herbert Kickl), 60.

¹⁰⁷ BAK Anlassbericht Treuhandvertrag Textacy (Dok. Nr. 96304, Lieferant LG Klagenfurt).

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Der unterzeichnete Treuhandvertrag zur Beteiligung an der Ideenschmiede fixierte jedenfalls die vollumfänglichen Verpflichtungen des Thomas Sila gegenüber Kickl und enthielt die Bestimmung, dass Sila für „die Übernahme und Ausübung der Treuhandstellung kein Entgelt“ bekam.¹⁰⁸ Dabei drängt sich die Frage auf, warum Kickl beim Aufbau eines zweiten Standbeins neben der Politik die Beteiligung verschleierte, um sie unmittelbar danach aufgrund der Unvereinbarkeit mit der Politik wieder zu lösen? Warum wurde zwei Jahre später ein weiterer Vertrag vorbereitet, wenn zuvor die gleichartige Treuhandsgesellschaft wegen Unvereinbarkeit angeblich gekündigt wurde? Ebenso stellt sich die Frage, was Thomas Sila davon hatte, Herbert Kickl zu beteiligen? Eine unscheinbare Frage, nämlich warum der Vertrag sogar notariell beglaubigt wurde, führt zu der wichtigen Erkenntnis, dass die behauptete mündliche Auflösung gar keine Rechtswirk-

samkeit in Bezug auf die Beteiligung entfalten konnte. Treuhandvereinbarungen und deren Auflösung sind per se nicht notariatsaktpflichtig, allerding ein - wie in Kickls Treuhandvertrag enthaltenes - „Abtretungsangebot“, wonach Kickl jederzeit einseitig seinen Anteil sachenrechtlich an sich ziehen konnte und dadurch als Gesellschafter im Firmenbuch einzutragen gewesen wäre. Die aus einer behaupteten mündlichen Auflösung und des behaupteten schenkungsweisen Verzichts resultierende Rückübertragung des Geschäftsanteils, bedarf nach § 76 Abs 2 GmbH-Gesetz der Notariatsakt-Form. Warum hat Kickl bei der Auflösung auf den Notariatsakt verzichtet? Herbert Kickl hat gemäß der gemachten Angaben auf diese Art seinen Gesellschaftsanteil niemals rechtswirksam aufgegeben

und war bis zur Umwandlung in ein Einzelunternehmen an der Werbeagentur als sogenannter wirtschaftlicher Miteigentümer beteiligt – er hätte sich bis Dezember 2020 jederzeit als Hälft-Eigentümer im Firmenbuch einzutragen lassen können. Dieser Umstand mag für das damalige Ermittlungsverfahren unerheblich gewesen sein,¹⁰⁹ zur Klärung der politischen Verantwortung ist dies im Fall der Vertragsbeziehung bezüglich des Puma-Logos hingegen von höchster Relevanz. Darüber hinaus wäre durch das am 18. Jänner 2018 in Kraft getretene Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz (WiEReG) die Einhaltung der Meldever-



¹⁰⁸ BAK Anlassbericht Treuhandvertrag Ideenschmiede (Dok. Nr. 96304, Lieferant LG Klagenfurt).

¹⁰⁹ OStA Erlass (Dok. Nr. 96479, Lieferant LG Klagenfurt).

Generalsekretär beauftragt eigenes Unternehmen – ein Kick-Back-Modell? Kickl wird Spaltenverdiener

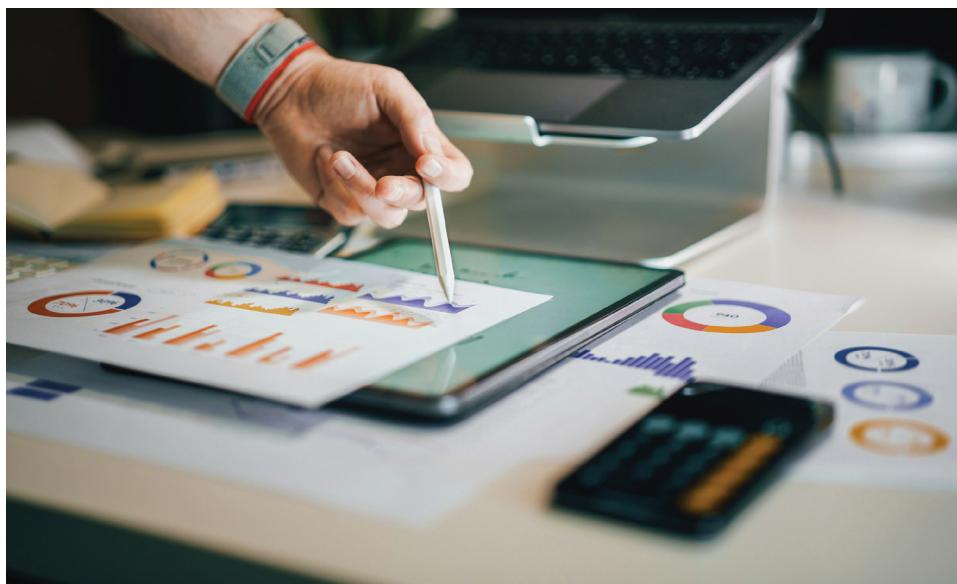
pflichtung der wirtschaftlichen Eigentümer zu überprüfen.

Kickl verschlug es also nach Wien, als neuen Generalsekretär der FPÖ. Am 30. Oktober 2006 wurde er Abgeordneter zum Nationalrat. Nun musste Kickl zu seinem Gehalt als Parlamentarier auch seine Nebenbezüge deklarieren: Erstaunlicherweise bezahlte ihm die freiheitliche Partei als Generalsekretär keinen Cent, doch er konnte sich als Angestellter der FPÖ Wien, verantwortlich für Werbung, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, ein Zubrot verdienen. Auf diese Weise schaffte es Kickl stets zu den Spaltenverdienern seiner Partei zu zählen, mit einem Monatseinkommen von bis zu 24.000 Euro.¹¹⁰ Doch weit aus höhere Einkünfte sollte die Ideenschmiede mit Aufträgen von der FPÖ erzielen. Herbert Kickl will also auf die Hälfte jenes Unternehmens verzichtet haben, dem die Partei deren Generalsekretär er wurde, Millionenumsätze bescherte? Alleine von der Wiener FPÖ, wo Herbert Kickl

für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig war, erhielt die Ideenschmiede in den Jahren 2009 bis 2011 Aufträge im Umfang von 4,2 Millionen Euro. Auch andere FPÖ Landesparteien und die FPÖ-Bundespartei unter Generalsekretär Kickl waren gute Kunden der Ideenschmiede und ihrer Nachfolgeorganisation. Der ehemalige Klubobmann der FPÖ Graz, Mag. Alexis Pascuttini berichtete dem Untersuchungsausschuss, dass die Signs für die Bezirkszeitung engagiert war, diese ihre Leistungen allerdings direkt mit der steirischen Landespartei abrechnete. Zuvor machte er als FPÖ-Bezirksparteiobmann in Graz-Göstling die Erfahrung, dass das regionale Wahlkampfmaterial von der Agentur Signs angefertigt wurde.¹¹¹ Der jetzige Klubobmann der FPÖ im niederösterreichischen Landtag, Mag. Teufel, sagte im Untersuchungsausschuss, er habe vor seinem Eintritt in das Innenministerium „geschäftlicher Art bezüglich der Partei, Parlamentsklub“ den Kontakt mit Thomas Sila gepflegt, genauso wie auch wieder nach seinem Ausscheiden als Kabinettschef.¹¹²

Ein weiterer Treuhandvertrag mit Kickl zum Kauf eines Grundstückes – eine Gewinnausschüttung an Kickl?

Der wirtschaftliche Erfolg der Ideenschmiede schlug sich bereits ab dem ersten Geschäftsjahr zu Buche, das gleichzeitig auch das erste Jahr mit Herbert Kickl als Generalsekretär der FPÖ war. Selbst nach Abzug von Silas Geschäftsführergehalt blieb ein obszön hoher Gewinn übrig. In den ersten 6 Jahren, also bis 2011, wurde im Firmenbuch deshalb jährlich ein um 150.000 bis 300.000 Euro geringerer Bilanzgewinn veröffentlicht.¹¹³ Durfte die Partei nichts vom großen Geschäft erfahren? Dass ausgerechnet Thomas Sila so sehr um Bescheidenheit bemüht war, erscheint in Anbetracht der Medienberichte über den Besitz einer eigenen Yacht durchaus skurril.¹¹⁴



¹¹⁰ „Österreich“, Kickls »24.000-Euro-Gage« sorgt für Ärger in der FPÖ (18.5.2024).

¹¹¹ 976/KOMM XXVII. GP (Befragung Mag. Alexis Pascuttini), 32ff.

¹¹² 197/KOMM XXVI. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 107.

¹¹³ 12. Vorhabensbericht WKStA vom 02.10.2018 (Dok. Nr. 96240, Lieferant BMJ).

¹¹⁴ falter.at, „Herbert Kickls geheime Firma und ihre dubiosen Geschäfte“ (16.4.2024).

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Beim Blick auf die Jahresabschlüsse im Firmenbuch, erscheinen auch die Gewinnaußschüttungen der ersten Jahre interessant: Die endbesteuerten Ausschüttungen der Gesellschaft beliefen sich im Jahr 2007 auf 225.000 Euro, im Jahr 2008 auf 112.500 Euro, im Jahr 2009 auf 259.500 Euro und im Jahr 2010 auf 391.500 Euro.¹¹⁵ Herbert Kickl stand zu diesem Zeitpunkt als wirtschaftlicher Eigentümer die Hälfte der Ausschüttung in Höhe von fast 500.000 Euro zu. Im April 2009 kauft Herbert Kickl eine Immobilie um 337.000 Euro zu Wohnzwecken. Abzüglich eines aufgenommenen Darlehens hatte Kickl noch 173.000 Euro zu finanzieren.¹¹⁶ Fast genau ein Jahr später kaufte Herbert Kickl über eine Treuhandkonstruktion die nächste Liegenschaft, genauer gesagt die Hälfte der Immobilie, die gleichzeitig Firmensitz der Ideenschmiede war. Thomas Sila erwarb am 20. April 2010

die Liegenschaft in Klagenfurt. Sieben Monate später, am 23. November 2010 wurde der notariell beglaubigte Treuhandvertrag zwischen Thomas Sila und Herbert Kickl geschlossen, in dem Sila erklärte, die Liegenschaft im April zur Hälfte auf Rechnung von Herbert Kickl gekauft zu haben und Kickl ihm dafür den halben Kaufpreis, die halbe anteilige Grunderwerbssteuer und die anteilige grundbürgerliche Eintragungsgebühr, bezahlt hatte. In Summe über 107.000 Euro. Auch bei diesem Treuhandvertrag bedurfte es der Notariatsaktform nur aus einem bestimmten Grund. Sila verpflichtete sich, „*unverzüglich nach Annahme dieses Anbotes über Auforderung des Herrn Herbert Kickl eine grundbuchsfähige Aufsandungsurkunde zu dieser Eigentumsübertragung zu unterfertigen*“. Übersetzt: Das ist Kickls Garantie, seinen Eigentumsanspruch jederzeit ins Grundbuch eintragen zu lassen. Laut Vertrag hat Sila alle aufgrund des Vertragsobjekts anfallenden Einnahmen „unverzüglich an Herrn Kickl auszufolgen oder nach dessen Weisung zu verwenden“. Und wieder erfolgt die „*Übernahme und Ausübung dieser Treuhandschaft durch*

Herrn Thomas Sila [...] vollkommen unentgeltlich.“ Darüber hinaus trug Sila die Kosten der Vertragserrichtung.¹¹⁷ Erneut stellt sich die Frage welches Motiv Thomas Sila hatte, einen solchen Vertrag mit Herbert Kickl zu schließen? Zu diesem Zeitpunkt hätte Sila selbst, auch bei allfälliger Teilung des entnommenen Gewinns, über genügend liquide Mittel verfügen müssen. Einen wichtigen Unterschied gibt es zum ersten bekannten Treuhandvertrag zur Unternehmensgründung: Diesmal wird eine Auflösung nicht behauptet. Angesichts des vorliegenden



¹¹⁵ wirtschaftscompass.at, GZ 729 5 Fr 1971/14d, Jahresabschluss 2007; wirtschaftscompass.at, GZ 729 5 Fr 1970/14b, Jahresabschluss 2008; wirtschaftscompass.at, GZ 729 5 Fr 1969/14a, Jahresabschluss 2009; wirtschaftscompass.at, GZ 729 5 Fr 1968/14z, Jahresabschluss 2010.

¹¹⁶ Grundbuchsauszug BG Purkersdorf, KG 01906 EZ525.



Vertrags mit den Unterschriften von Thomas Sila und Herbert Kickl samt notarieller Beglaubigung wirkt Kickls Aussage vor dem Untersuchungsausschuss geradezu paradox: „Dieser Treuhandvertrag ist nie realisiert worden, sondern das war eine Situation, wo es eine Möglichkeit gegeben hätte, in diese Immobilie hineinzugehen. Ich habe das dann nicht gemacht. Damit ist derjenige, der quasi als potenzieller Partner übrig geblieben wäre, der alleinige Besitzer dieser Immobilie, und ich habe zu keinem

Zeitpunkt seit damals auch nur einen Cent, irgendetwas aus dieser Immobilie lukriert.“¹¹⁸ Die besagte Immobilie war während des Befragungszeitraums des Untersuchungsausschusses auf der Seite eines großen Immobilienmakler-Netzwerks zum Kaufpreis von nunmehr 1,125 Millionen Euro annonciert, demgegenüber stünden Nettomieteinnahmen von rund 50.000 Euro.¹¹⁹

Zur Aufklärung der zahlreichen unbeantworteten Fragen wollte der Untersuchungsausschuss den Geschäftsführer Thomas Sila und Herbert Kickl mit den aufgedeckten Wi-

dersprüchen und zwischenzeitlich gelieferten Beweismitteln unter Wahrheitspflicht konfrontieren. Doch Thomas Sila entzog sich als erste Person in der Geschichte der Untersuchungsausschüsse einer polizeilichen Vorführung. Auch Herbert Kickl suchte in höchster Not das Weite – eine eigens für den Ausschusstag geplanten Bergwanderung hatte gegenüber dem Parlament Priorität.

¹¹⁷ BAK Zwischenbericht Treuhandvertrag Haus (Dok. Nr. 96436, Lieferant LG Klagenfurt).

¹¹⁸ 975/KOMM XXVI. GP (Befragung Herbert Kickl), 119.

¹¹⁹ ORF ZIB 2, „Causa Ideenschmiede Weiter offene Fragen“ (17.4.2024).

3. Ergebnisse der Untersuchungen

3.4. „die FPÖ und Russland – eine innige Beziehung...“

Der Freundschaftsvertrag – Imagekampagnen für Russland ...

Erinnern wir uns kurz zurück an das IBIZA-Video. HC Strache prahlte im Video, dass er „oft in Moskau“ gewesen sei, und viele russische Freunde habe: „alles gute Typen, die haben ja Kohle ohne Ende, [...] die kennen uns ja und die lieben uns“¹²⁰. Ein Jahr davor unterzeichnete er am 28. November 2016 in Moskau für die FPÖ ein Freundschaftsabkommen mit der Putin-Partei „Einiges Russland“¹²¹. Dieses Abkommen umfasste eine Vielzahl bilateraler Vereinbarungen zur Stärkung der Partnerschaft zwischen der Russischen Föderation und der Re-

publik Österreich¹²². Heinz-Christian Strache setzt ab dem Zeitpunkt seiner Regierungsverantwortung als Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport im Interesse Russlands sofort Maßnahmen zur Beeinflussung der öffentlichen Verwaltung.

So schrieb Strache an seinen Kabinettschef und Generalsekretär Mag. Roland Weinert, MAS, MSc: „Russland ersucht um Gedankenaustausch mit jungen Beamten in Österreich... über die Verwaltungsakademie muss hier etwas möglich sein. Bitte rufe ihn an und fixiert da etwas!“

Weinert antwortete: „Ist erledigt, Wird vorbereitet... LG“ und eine Woche später: „Das alles hat rund 40.000 Euro gekostet. Sorry, aber es war der ganze Kursalon und Getränke für 700 Leute plus Technik und Security [...]“¹²³.

War der Freundschaftsvertrag und

die Sensibilisierung der österreichischen Verwaltung zugunsten Russlands nur der Alleingang des damaligen Parteiobmanns und Vizekanzlers Strache?

Die gesamte FPÖ zeigt eine starke Verflechtung mit Russland. Zur Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages reiste Strache gemeinsam mit dem früheren Verkehrsminister Norbert Hofer, derzeit Zweitster Nationalratspräsidenten, dem EU Abgeordneten Harald Vilimsky und dem damaligen Vizebürgermeister der Stadt Wien, Johann Gudenus, nach Moskau.

Auch das BVT ortete verfassungsgefährdende Aktivitäten bei der FPÖ, wie aus einem Lagebericht zu einem „Vernetzungstreffen“ mit Herbert Kickl als Redner wo „fremdenfeindliche, rassistische Aktivitäten passieren“¹²⁴ hervorgeht. Deutlich wurde festgehalten, dass die Teilnehmer „[...] sehr

¹²⁰ SZ, „Wie die FPÖ Russland lieben lernet“ (20. Mai 2019).

¹²¹ Plattform X, Christoph Schattenleitner (18.12.2016).

¹²² Kurier, „Fall Ott: FPÖ relativiert Freundschaftsvertrag mit „Einiges Russland“ (10.4.2024).

¹²³ Chats (Dok. Nr. 70683, Lieferant OStA-Wien), 11.

¹²⁴ 971/KOMM XXVII. GP (Befragung Ministerialrätin Sibylle Geißler, MSc), 36.

hingewendet waren zu Russland, bei allen Aktivitäten [...] hat es natürlich immer wieder Berührungspunkte mit Russland gegeben“.¹²⁵

Die prorussische Ausrichtung der FPÖ zeigte sich auch unter Verkehrsminister Norbert Hofer. Dem Untersuchungsausschuss wurde ein Konzept zur „Verbesserung des Images von Russland in Österreich“ aus Hofers Kabinett übermittelt. Russland wird in diesem Konzept als „verlässlicher und wohlhabender Freund“ bezeichnet und betont, dass „stärkere bzw. wahrnehmbarere Akzente der Partnerschaft und Verbundenheit“ gesetzt werden sollten.

Die Kampagne verfolgte das Ziel, dass Russland als Teil Eu-

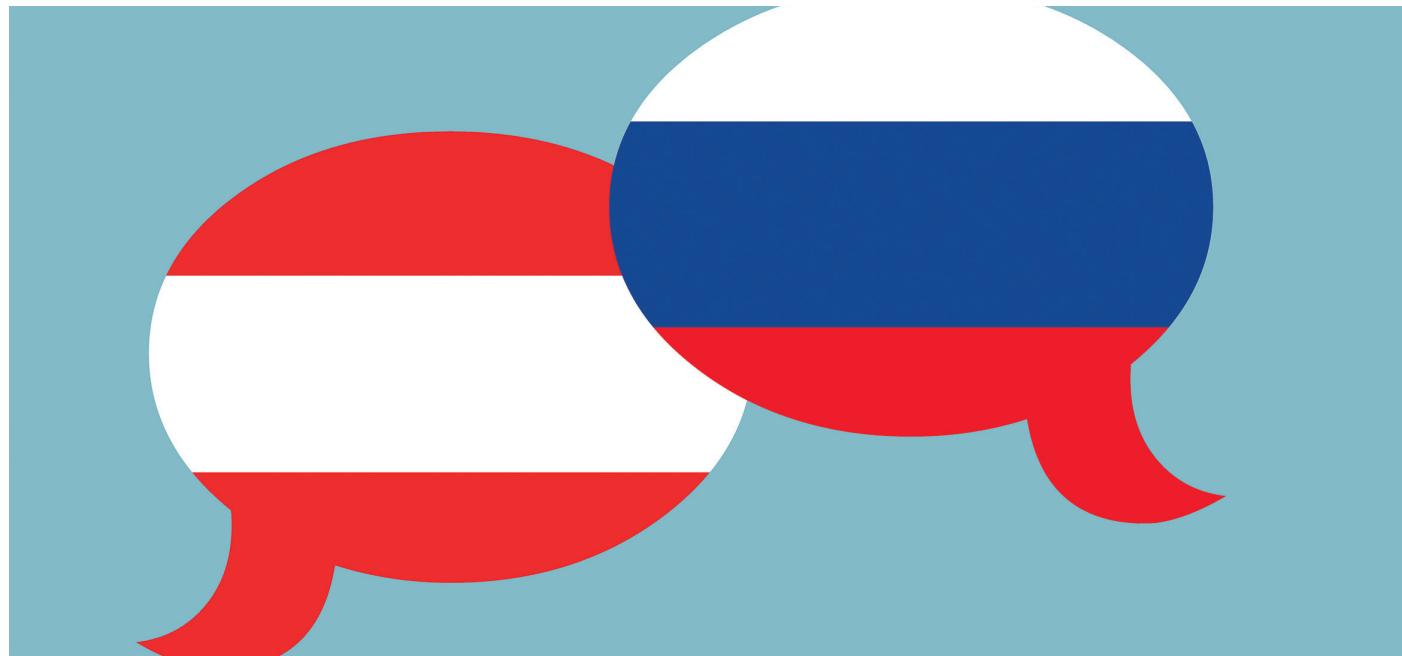
ropas verstanden werden müsse und dies „in den Köpfen der Bevölkerung verankert“ werden sollte. Russland solle als „Gegengewicht zu den amerikanischen Interessen“ mehr Gewicht in Europa erhalten, wofür ein politischer „Paradigmenwechsel“ von Feind zu Freund notwendig sei, bei dem „Opinion Leader aus Politik und Wirtschaft zu glaubwürdigen Fürsprechern“ werden müssten.¹²⁶

Die Imagekampagne sah vor, die Medien mit prorussischen Aussagen zu beeinflussen und eine „russlandfreundliche Berichterstattung hinsichtlich Wirtschaft und Politik“ durchzusetzen.¹²⁷ Neben wirtschaftlichen Maßnahmen wurde auch erwogen, durch Sponsorings die Kunst- und

Kulturszene zu beeinflussen.¹²⁸

Inwieweit wurde die Imagekampagne tatsächlich umgesetzt? Welche Kampagnen gab es noch zugunsten Russlands? Ist es üblich, dass das Kabinett vom Verkehrsminister russischsprachige Mitarbeiter hat? Gab es Zahlungsflüsse? Finanzierte Russland bzw. Putins Partei „Einiges Russland“ die FPÖ für ihre prorussische Einstellung?

Vielen Fragen bleiben offen, da diesem Untersuchungsausschuss nicht genügend Zeit zur Verfügung stand, all diese Themen zu untersuchen.



¹²⁵ 971/KOMM XXVII. GP (Befragung Ministerialrätin Sibylle Geißler, MSc), 37.

¹²⁶ Imagekampagne Russland (Dok. Nr. 93646, Lieferant BKA), 4.

¹²⁷ Der Standard, „Prorussische Imagekampagne kursierte in blauem Verkehrsministerium“ (21.3.2024).

¹²⁸ Imagekampagne Russland (Dok. Nr. 93646 Lieferant BKA), 5.

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Die FPÖ: russlandfreundlichste Partei im Europäischen Parlament und österreichischem Nationalrat

Ob die FPÖ von Russland finanziert wird, beschäftigt aktuell auch das Europäische Parlament. In einer Resolution verlangen EU-Abgeordnete Maßnahmen gegen mutmaßliche Geldflüsse. Die Europäische Staatsanwaltschaft überprüft laut Medienberichten eine entsprechende Verdachtslage.¹²⁹ International ist die FPÖ bekannt dafür, pro-russisch zu sein. Bereits 2014 reisten mehrere FPÖ-Politiker auf die von Russland okkupierte Halbinsel Krim, um als Wahlbeobachter die von Russland abgehaltene Wahl zu legitimieren.¹³⁰

Der Überfall Russlands auf die Ukraine erschütterte die internationale Gemeinschaft. Acht Millionen Menschen mussten ihr Zuhause verlassen und ins

Ausland fliehen. Tausende Zivilisten und hunderttausende Soldaten starben infolge des russischen Angriffs auf der Ukraine.¹³¹

Die FPÖ präsentierte sich in diesem Rahmen als die russlandfreundlichste Partei im Europäischen Parlament sowie im Nationalrat. Auf Verlangen der FPÖ wurden Aktuelle Europastunden einberufen, um sich gegen die EU-Sanktionen zu positionieren und „das Narrativ russischer Propaganda zu verbreiten“¹³². Harald Vilimsky, Mitglied des Europäischen Parlaments, spricht von „Sanktionen Wahnsinn“ und sieht dadurch die Sicherheit und den Wohlstand gefährdet.¹³³

Auf nationaler Ebene hat die FPÖ „seit Beginn des Ukraine-Kriegs 30 russlandfreundliche Anträge eingebracht“¹³⁴. Laut Medienberichten könnte die FPÖ Geld erhalten haben, um den Antrag „Entschließung zur Aufhebung antirussischer Sanktionen im österreichischen

Parlament“ im Nationalrat einzubringen. Bei Einbringung wären 20.000 Euro bei erfolgreicher Abstimmung weitere 15.000 Euro versprochen gewesen¹³⁵. Dieser Antrag wurde von der FPÖ im Juli 2016 unter 716/UEA eingebracht, erhielt aber keine Mehrheit, wobei auch hier aufgrund der Kürze des Untersuchungsausschusses eine vollständige Ermittlung nicht mehr möglich war.

Die FPÖ und eine Spionageaffäre – ein „Russland Spion“¹³⁶ im BMI?

Gegen Chefinspektor Egisto Ott, ehemaliger Mitarbeiter des BVT, laufen aufgrund von Hinweisen ausländischer Geheimdienste seit 2017 strafrechtliche Ermittlungen we-

¹²⁹ Kurier, „Geld aus Russland? Die EU droht FPÖ, AfD & Co. mit Sanktionen“ (7.5.2024).

¹³⁰ Kurier, „Geld aus Russland? Die EU droht FPÖ, AfD & Co. mit Sanktionen“ (7.5.2024).

¹³¹ Kleine Zeitung, „Ein Jahr Krieg in der Ukraine“ (19.2.2023).

gen des Verdachts gemeinsam mit Komplizen vertrauliche Daten illegal an Russland und an den mutmaßlichen Russland-Spion und ehemaligen Wirecard-Manager Jan Marsalek weitergegeben zu haben.¹³⁷

Ott ist seit dem 29. Mai 2024 in

Untersuchungshaft.¹³⁸ Jan Marsalek ist ein ehemaliger Manager und Vorstandsmitglied von Wirecard. Gegen ihn wird international wegen des Verdachts auf Betrug, Untreue und anderer Wirtschaftsdelikte gefahndet. Zudem wird Marsalek verdächtigt, als Spion für Russland tätig gewesen zu sein. Berichten zufolge hat er NATO-Geheimnisse sowie geheime In-

formationen aus Österreich an Russland weitergegeben.¹³⁹ Marsalek soll sich in Russland versteckt halten. Im Jahr 2018 organisierte der „Russland-Freund“ Mag. Johann Gudenus Jan Marsalek einen Termin mit Beamten aus dem Innenministerium und dem Kabinett von Innenminister Herbert Kickl.¹⁴⁰



Die „FPÖ-Spitze“ in Moskau bei Putins Partei „Einiges Russland“.

¹³² Parlamentskorrespondenz, „Russland-Sanktionen: Breite Mehrheit im Nationalrat unterstreicht deren Notwendigkeit, FPÖ warnt vor negativen Folgen“ (21.9.2022).

¹³³ Parlamentskorrespondenz, „Russland-Sanktionen: Breite Mehrheit im Nationalrat unterstreicht deren Notwendigkeit, FPÖ warnt vor negativen Folgen“ (21.9.2022).

¹³⁴ Der Standard, „FPÖ legt Russland-Vertrag von sich aus nicht offen“ (10.2.2023).

¹³⁵ Kurier, „FPÖ könnte für pro-russischen Nationalratsantrag Geld erhalten haben“ (3.2.2023).

¹³⁶ Heute, „Russland-Spion Ott soll hinter Gitter ausgepackt haben“ (02.04.2024).

¹³⁷ Die Presse, „Systematisch gesammelt“: Neue Vorwürfe im Spionagefall Ott“ (4.4.2024);

Der Standard, „Wie Egisto Ott zum gefürchteten Doppelagenten für Russland wurde“ (5.4.2024).

¹³⁸ Kurier, „Spionagefall: Egisto Ott bleibt weiter in U-Haft“ (15.4.2024).

¹³⁹ Radio Free Europe, „Wanted Former Wirecard Executive Spied For Russia For Years, Investigative Journalists Say“ (1.3.2024).

¹⁴⁰ Profil, „Marsalek wollte, dass die schwarz-blaue Koalition funktioniert“ (10 April 2024).

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Bei dem Treffen waren laut dem Kabinettschef Ing. Mag. Reinhard Teufel anwesend: „*Johann Gudenus als Klubobmann, ein gewisser Herr F.S., meine Person und definitiv die damalige Abteilungsleiterin für Internationale Angelegenheiten [...]*“.¹⁴¹ Herbert Kickl ließ sich durch seine rechte Hand, Kabinettschef Teufel, vertreten. Teufel bestätigte im Untersuchungsausschuss, dass er den Innenminister über das Treffen davor und danach informierte mit: „*So ist es*“.¹⁴² Die FPÖ ebnete damit dem Kreml Agenten Marsalek den Weg in das Zentrum der Sicherheitsbehörden Österreichs. Die FPÖ sah wohl großes Potenzial, wenn Marsalek eine gewisse Bekanntheit im Innenministerium hatte.

Konnte dadurch das „Trio“, bestehend aus Marsalek, Egisto Ott und dem ehemaligen BVT-Abteilungsleiter Mag. Martin Weiss (ebenfalls auf internationaler Fahndungsliste)

in den Sicherheitsbehörden ungestört für Russland arbeiten? Diese Frage konnte dieser Untersuchungsausschuss nicht klären.

Der Standard beschrieb das Russland-Spionage-Trio: „*Sie bauen gemeinsam mit Marsalek eine ‘nachrichtendienstliche Zelle’ im Verfassungsschutz auf, deren Kapazitäten von russischen Geheimdiensten genutzt werden*“.¹⁴³

Der „Russlandspion“ und der Abgeordnete – eine erfolgreiche Zusammenarbeit?

mangels Befragung von Jenewein und Ott – nicht zweifelsfrei klären.

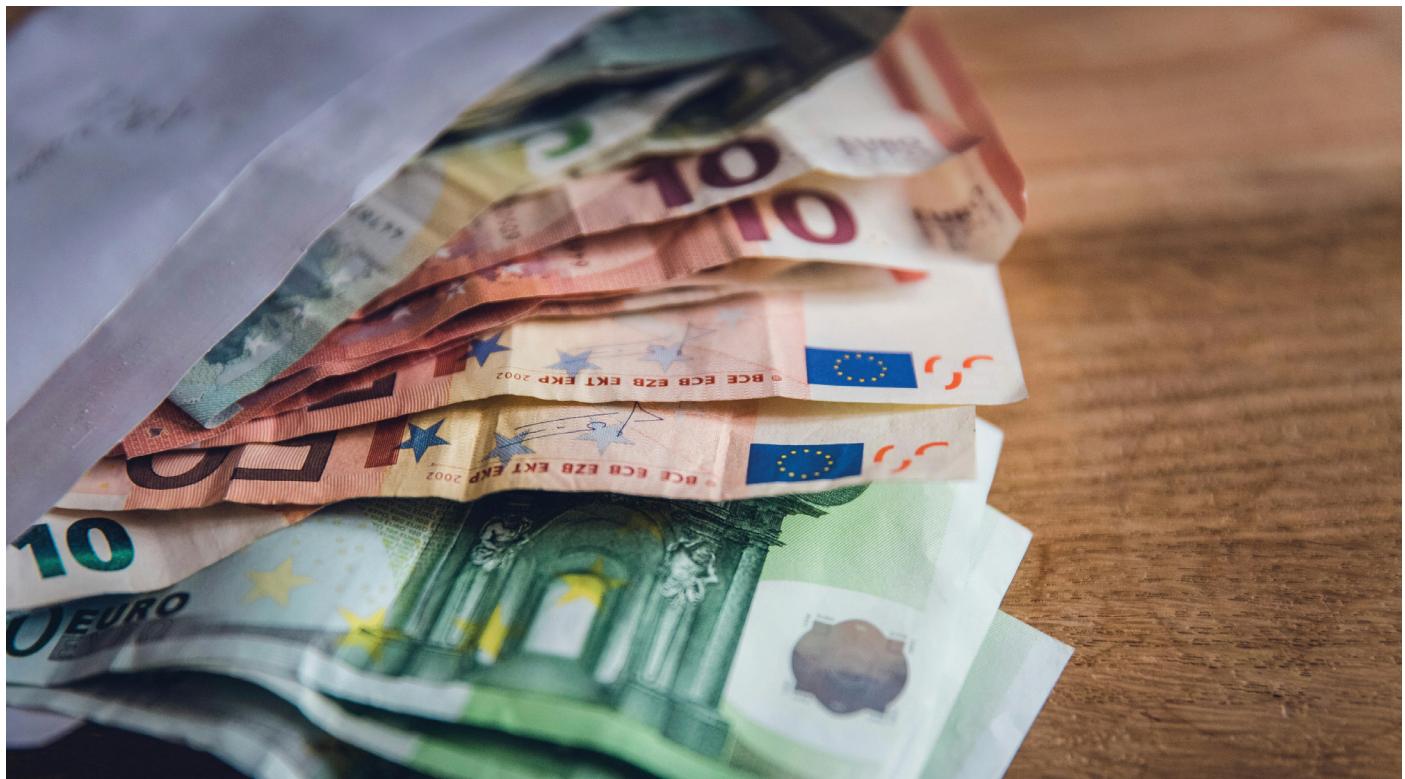
Es sprach einiges dafür, dass es sich beim Kauf auch um rechtswidrig erlangte Daten aus beschädigten Handys von Spitzenbeamten aus dem damaligen Kabinett des Innenministers handelte. Über Umwege gelangten diese in den Besitz von Ott. Die höchstsensiblen Daten bot Egisto Ott Hans-Jörg Jenewein an.

Die Ermittler halten in ihrem Bericht zudem fest, dass Jenewein ab dem 10. September 2019 im Besitz der Handymarken war. Am selben Tag übermittelte er die Daten auch an die FPÖ-Abgeordnete Dagmar Belakowitsch. Aber auch Herbert Kickl durfte Kenntnis von den Handymarken gehabt haben. Jenewein schrieb eine Woche nach Erhalt: „*Lieber Herbert Kickl! [...] Habe Interventions-SMS von ihm bei K [...]*“.

¹⁴¹ 977/KOMM XXVII. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 115.

¹⁴² 977/KOMM XXVII. GP (Befragung Ing. Mag. Reinhard Teufel), 115.

¹⁴³ Der Standard, „Der vierte Mann der Causa Ott: Wer ist Martin Weiss, den Marsalek höchstselbst „evakuierte“?“ (13.4.2024).



Wenn dich das interessiert, bin erreichbar“¹⁴⁵

Nach Medienberichten wurden diese Handys, auf denen sich die vertraulichen Chats befanden, in Russland beim Inlandsgeheimdienst FSB wiedergefunden.¹⁴⁶

Auch die Fragen, wie und durch wen die Handys zum russischen Geheimdienst kamen, konnte dieser Untersuchungsausschuss nicht aufklären.

Zwischen Jenewein und Ott gab es eine intensive Zusammenarbeit: So chatteten sie über den BVT-Untersuchungsausschuss,

wobei Informationen bis hin zu Fotos von Auskunftspersonen ausgetauscht wurden¹⁴⁷, Ott arbeitete für die FPÖ an parlamentarischen Anfragen mit.¹⁴⁸ Auch die Frage, inwiefern Ott mutmaßlich im Sinne Russlands für die FPÖ in der parlamentarischen Arbeit noch mitgearbeitet hat, konnte in diesem Ausschuss nicht geklärt werden.

Für diese intensive und gute Zusammenarbeit wurden Ott einflussreiche Posten im BVT sowie in der „Sicherheitsabteilung“ (MiniBVT) im Außenministerium angeboten:

Jenewein schrieb an Ott: „*Und ab März/April beginnt die BVT Umstrukturierung! Und Du wirst da jedenfalls mit dabei sein! Wir werden für alle, die da mitgeholfen haben, eine gute Lösung finden!*“¹⁴⁹

Die FPÖ plante auch im Außenministerium ein sogenanntes „MiniBVT“ oder „Schattengeheimdienst“ zu errichten. Ott war für eine Führungsfunktion als Abteilungsleiter für Koordination vorgesehen.

Aber auch umgekehrt zeigte sich die gute Zusammenarbeit – so hat Egisto Ott Hans Jörg Jenewein, nachdem er 2019 aus dem Nationalrat ausschied, eine Stelle bei Wirecard als Lobbyist angeboten.¹⁵⁰

„*Schöne Grüße von MW. Bei seinem Investor/Finanzdienstleister ist für Dich jederzeit ein Platz frei, soll ich Dir ausrichten. Lg Eg*“¹⁵¹

¹⁴⁴⁻¹⁴⁵ Beschuldigteinvernahme Hans-Jörg Jenewein, MA.

¹⁴⁶⁻¹⁴⁷ Kurier, „Spionage-Fall Egisto Ott: Sag mir, wo die Handys sind“ (8.4.2024).

¹⁴⁸ Kurier, „BVT-Spionage-Affäre: FPÖ-Anfragetext auf Ott's Handy“ (15.4.2024).

¹⁴⁹ Beschuldigteinvernahme Hans-Jörg Jenewein, MA.

¹⁵⁰ Orf.at, „Ott bot Jenewein laut NEOS Wirecard-Job an“ (15.4.2024).

¹⁵¹ Beschuldigteinvernahme Hans-Jörg Jenewein, MA (Dok. Nr. 96275, Lieferant OStA-Wien), 420.

3. Ergebnisse der Untersuchungen

3.5. FPÖ-Graz – „Klärst du den Finanzskandal auf, schicken wir die FPÖ Stasi aus“

Kurz nach der Gemeinderatswahl in Graz im Jahr 2021 ging eine anonyme Anzeige bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ein, die Ermittlungen bestreifend des Verdachts auf Veruntreuung, Betrug, Untreue, Fördermissbrauch und NS-Wiederbetätigung im Umfeld der FPÖ auslösten. Konkret geht es um eine nicht ordnungsgemäße Verwendung von Partei- und Klubgeldern in Höhe von mindestens 1,8 Millionen Euro. Dabei sollen auch Gelder an nahestehende Vereine und Burschenschaften geflossen sein.

Die WKStA gab die Ermittlungen Anfang Dezember 2021 an die Staatsanwaltschaft Graz ab. Diese leitete den Fall nach sechs Monaten, im Mai 2022, wegen Befangenheit an

die Staatsanwaltschaft in Klagenfurt weiter.

Der Ausschuss widmete sich im Rahmen seiner Tätigkeit zur Untersuchung „staatsanwaltschaftlichen Handelns“ aufgrund medialer Kritik an „schleppenden Ermittlungen“¹⁵² der Aufklärung des mutmaßlich größten Parteifinanzierungsskandals der Zweiten Republik. Aufgrund der zeitlichen Beschränkungen konnte bedauerlicherweise in diesem Untersuchungsausschuss kein Staatsanwalt bzw. polizeilicher Ermittler befragt werden.

Diese Vorgänge führten zu Ausschlüssen und Rücktritten von Spitzenfunktionären der FPÖ-Graz bzw. der FPÖ-Steiermark sowie zu Hausdurchsuchungen bei sechs Wohnadressen und mehreren Burschenschaften und Vereinshäusern in der Steiermark. Dabei wurde auch Material im Zusammenhang mit dem Verbots-

gesetz gefunden. Der damalige FPÖ-Finanzreferent Matthias Eder erstattete am 5. November 2021 Selbstanzeige, der blaue Ex-Vizebürgermeister Mario Eustacchio und der frühere FPÖ-Klubchef Armin Sippel traten am 31. Oktober 2021 zurück. Ein im Auftrag der Staatsanwaltschaft Klagenfurt erstelltes Gutachten eines Wirtschaftsprüfers kam zum Schluss, „dass ein Großteil der Mittel, die der FPÖ-Graz und dem FPÖ-Gemeinderatsclub Graz zur Verfügung standen, nicht dem entsprechend dem im Parteigesetz definierten Zweck, sondern für private Zwecke verwendet wurde.“¹⁵³

Derzeit wird gegen sieben Beschuldigte, darunter der frühere Verteidigungsminister und aktuelle steirische FPÖ-Chef Mario Kunasek ermittelt. Mario Kunasek, wird

¹⁵² 976/KOMM XXVII. GP (Befragung Mag. Alexis Pascuttini), 9 und 16.

¹⁵³ Kleine Zeitung, „Grazer FPÖ-Finanzkrimi: Hohes Maß an Verschleierungsenergie“ (12.12.2023).



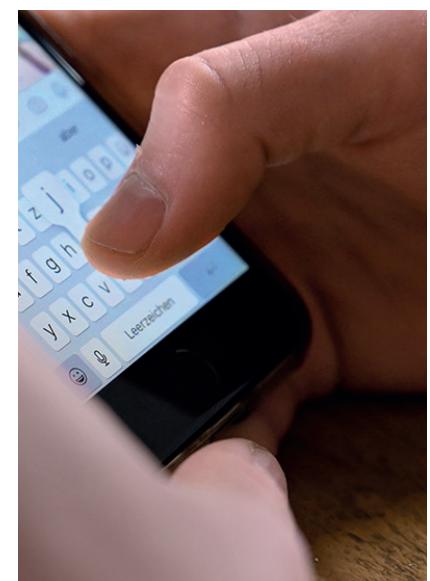
verdächtigt, eine falsche Zeugenaussage getätigt, Beweismittel unterschlagen und falsche Beweismittel weitergegeben zu haben. Ein Vorwurf betrifft laut Medienberichten Malversationen rund um den Umbau der Parteizentrale in der Grazer Conrad-von-Hötendorf-Straße. Dem Architekten, FPÖ-Landtagspräsident Deutschmann, sollen rund 440.000 Euro für "Planungen und Aufwendungen und Ausgaben" ausbezahlt worden sein, "unter dem Deckmantel" des Umbaus der Parteizentrale. Doch auch Tätigkeiten des Architekten und "Baumaßnahmen an der Liegenschaft von Kunasek" seien von der Partei "getragen und mitabgewickelt" worden. Insgesamt sollen rund 700.000 Euro "von der Partei für diese Privatwohnzwecke" geflossen

sein.¹⁵⁴ Ende April 2023 wurde seine Immunität als Landtagsabgeordneter aufgehoben.

Nachdem bekannt wurde, dass der FPÖ-Gemeinderat Roland Lohr in der betreffenden Zeit als Finanzprüfer tätig war, schloss die FPÖ-Graz Lohr aus ihrem Gemeinderatsklub aus. Dieser Ausschluss wurde jedoch von Kickl und Kunasek nicht akzeptiert. „*Klärst du den Finanzskandal auf, schicken wir die FPÖ-Stasi aus.*“¹⁵⁵ soll der Kommentar des Bundesparteiobmann Kickl zu Alexis Pascuttini gewesen sein. Im Oktober 2022 wurden vier Gemeinderäte aus der FPÖ ausgeschlossen, ua Alexis Pascuttini, der nach Gründung des Korruptionsfreien Gemeinderatsklub Graz (KFG) zum Klubobmann gewählt wurde.

Der KFG ist nach zweimaligem Ausschluss als Geschädigter und Privatbeteiligter im Verfahren anerkannt.

Kritik wird auch wegen der „schleppenden Ermittlungen“ geäußert. Pascuttini führte diesbezüglich im Untersuchungsausschuss aus: „*Wir haben zweieinhalb Jahre schleppende Ermittlungen erlebt, zuerst in Graz, dann in Klagenfurt, und wir sind heute noch immer in den Anfangsstadien dieser ganzen Kriminalfälle.*“¹⁵⁶



¹⁵⁴ Der Standard, „Anonyme Anzeige mit neuen Vorwürfen gegen Mario Kunasek rund um steirischen FPÖ-Finanzskandal“ (10.05.2024).

¹⁵⁵ 976/KOMM XXVII. GP (Befragung Mag. Alexis Pascuttini), 67.

¹⁵⁶ 976/KOMM XXVII. GP (Befragung Mag. Alexis Pascuttini), 9.

3. Ergebnisse der Untersuchungen

Während Pascuttini noch FPÖ-Klubobmann war, wurden offensichtlich „FPÖ-Stasi“-Methoden angewendet. Heimlich wurden Informationen über Pascuttini gesammelt, um ihn später „mundtot zu machen“.¹⁵⁷ Pascuttini führte dazu aus: „*Da wurde der Ex-Frau eines Rechnungsprüfers, über den wir heute schon gesprochen haben, eine Familienunterstützung in der Höhe von 5 000 Euro angeboten für Informationen über meine Person und für Informationen den Rechnungsprüfer betreffend.*¹⁵⁸ Er hat das wie folgt zusammengefasst: „*Das waren schlichtweg Einschüchterungsversuche, wo ich noch dazusagen möchte: Ich weiß nicht, wie man an diese Unterlagen gelangen konnte.*¹⁵⁹

Der damalige FPÖ-Klubobmann Matthias Eder gestand nach der anonymen Anzeige die Malversationen. Er hinterlegte bei der Staatsanwaltschaft Graz 700.000 EUR



und dachte, dass damit die Causa abgeschlossen wäre.¹⁶⁰ Fast drei Jahre später revidierte er seine Aussagen als Einzeltäter: „*Dass ich für die ganzen Eierdodeln meinen Kopf hingehalten hab, find ich eh erbärmlich. [...] Natürlich war i's ned allan, wie soll ich allan 700.000 Euro gfladert haben? Wer glaubt des?*¹⁶¹“ Die Wahrheit konnte er jedoch nicht den Behörden sagen, da dies „*allen wehtun*“ würde.¹⁶²

Abseits der strafrechtlichen Verant-

wortung wird angesichts des mutmaßlich größten Partei Finanzskandals der Zweiten Republik die politische Verantwortung aufzuklären sein. Der Rechnungshof erstattete bereits eine Meldung an den Unabhängigen Transparenz-Senat wegen des Verdachts auf unzulässige Spenden bei der Grazer FPÖ.¹⁶²

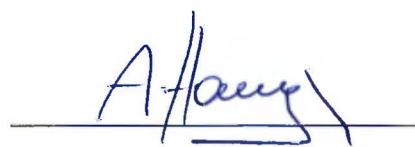
¹⁵⁷⁻¹⁵⁸ 976/KOMM XXVII. GP (Befragung Mag. Alexis Pascuttini), 68.

¹⁵⁹ 976/KOMM XXVII. GP (Befragung Mag. Alexis Pascuttini), 69.

¹⁶⁰ Kleine Zeitung, „FPÖ-Finanzskandal: Sind Gelder an FPÖ-nahe Familien geflossen?“ (4.5.2024).

¹⁶¹ Der Standard, Würstelstand-Ibiza: Tonaufnahme wirft neues Licht auf FPÖ-Finanzauswa (3.5.2024).

¹⁶² Kleine Zeitung, „111.000 Euro: Verdacht auf unzulässige Spenden bei Grazer FPÖ“ (22.3.2024).



Hanger



Scharzenberger



Reiter



Fürlinger



Zarits

